

# DER Offizier

Ausgabe 1/2018 × Zeitschrift der Österreichischen Offiziersgesellschaft



Neuer Minister |

Tag der Wehrpflicht |

Regierungsprogramm  
2017-2022 |

**Regierungsprogramm: Personal- und  
Budgetbedarf ist sicherzustellen**

# OBSERVER

## Klarstellungen

**M**an darf sich darüber nicht hinwegtäuschen: Das Bundesheer befindet sich nach wie vor in der tiefsten Krise seines Bestehens. Das unverantwortliche Abwirtschaften der letzten Jahrzehnte hat tiefe, nicht leicht auszubessernde Spuren hinterlassen. Das „vorsichtige Aufatmen“ der letzten Zeit konnte nur ein Halt des Niedergangs sein. Es hat zwar mit dem ausgeschiedenen Minister ein Umdenken in der Politik stattgefunden, aber die vernichtenden Vorgänge und Versäumnisse seiner Vorgänger benötigen eine lange Zeit des Nachholens, sofern der Restrukturierungswille permanent in der Politik aufrecht bleibt (ist „vor der Wahl“ auch „nach der Wahl“?).

/ Der neue Minister steht vor einem Torso. Die Probleme bei den Finanzen, beim Personal und beim Material des Bundesheers sind gigantisch. Nicht nur die Geräte für die aktive Luftraumsicherung, auch jene für die meisten anderen Truppengattungen bedürfen einer Überprüfung und Neubewertung. Ob das nun die Kfz-Flotte, die Fliegerabwehr aller Truppen (Drohnengefahr) oder die fehlende moderne Ausrüstung für die Miliz betrifft (Vollaufstellung 2028?) – überall besteht eine Not. Dabei ist noch keine Rede von dem Personal gewesen, das derzeit aktiv fehlt – Aufwuchs auf „25.000 Planstellen“ (?) – und jenes, das durch anstehende umfassende Pensionierungen zu ersetzen ist. Damit ist die personelle Sorge des Heers noch nicht am Ende. Es muss ehrlich beantwortet werden, wie man die jährlichen 20.000 Grundwehrdiener und die beabsichtigte Mobilmachungsstärke von 55.000 Soldaten erzielen wird und ob diese Stärke für die anstehende Aufgabenerfüllung des Heers ausreicht. Der Generalstab hat im Jahr 2017 diesbezüglich ein Positionspapier „zur Weiterentwicklung der Landesverteidigung“ erarbeitet und veröffentlicht, was für alle Akteure ein klares Bild darstellt. Eine Vorgabe nicht nur für das Heer.

/ Zweifelsfrei muss man sich im Klaren sein: Allein wird der Verteidigungsminister die Mammutaufgaben nicht bewältigen können. Für die militärische Landesverteidigung allein benötigt er den ernsthaften Willen und die Unterstützung

der gesamten Bundesregierung. Nicht nur verbal, sondern voll inhaltlich. In unserem Land wurde nämlich nicht nur die Militärische, sondern mit ihr die gesamte Umfassende Landesverteidigung abgeschafft. Wobei insbesondere auf das Fehlen der Geistigen Landesverteidigung hinzuweisen ist, ein Faktor, der für das Bestehen eines Landes von entscheidender Bedeutung ist. Ohne diese wirksame Komponente wird nichts zu erzielen sein. Kaum jemand macht sich Vorstellungen über die neuen Bedrohungen für die zivile Bevölkerung. Darauf hat im Juli des Vorjahrs der Generalstabschef in einem Interview mit einer weitverbreiteten Tageszeitung hingewiesen. Es sei wichtig, sagte er, die Menschen auf diese Bedrohungen hinzuweisen und „das fängt schon in der Schule an“. Und dabei hat er zweifelsfrei recht. Im oben zitierten Positionspapier des Generalstabs wird darauf hingewiesen, dass die geänderte Bedrohungslage „ein sicherheitspolitisches Umdenken“ erfordert. Dies verlangt eine „angepasste und erneuerte ULV und das Schließen bestehender Sicherheitslücken“. Und auch darüber sollte man sich bewusst sein: Wenn das Heer nicht – wie in den siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts – die ULV koordiniert und geistig voranbringt, wird nichts dergleichen geschehen. Diese Lebenserfahrung sollten die Verantwortlichen erkennen und in ihren Maßnahmen berücksichtigen. Dass alle notwendigen Aktionen nicht ohne politischen Widerstand zu erreichen sein werden, dürfte den gelerntem Österreichern bekannt sein. Denn schließlich will man unseren Bürgern einreden, dass es überhaupt keine Bedrohungen für unser Land gebe und dass man vor allem das Militär nicht benötige. Diesbezüglich hält der Generalstab fest: „Aufgrund seines militärischen Alleinstellungsmerkmals verfügt das Bundesheer über die höchste Resilienz und stellt somit die strategische Handlungsreserve der Republik Österreich dar. Nur mit Hilfe des Bundesheeres können Bedrohungen höherer und höchster Intensität bewältigt werden.“ Eine weitere unverzichtbare Klarstellung! ✕

Observer

## Inhalt

- 4 Brief des Präsidenten
- 6 Tag der Wehrpflicht 2018
- 12 Kommentar zum Regierungsprogramm
- 14 Regierungsprogramm 2017–2022
- 17 Getting the most out of the budget
- 20 Dädalus 2018
- 21 Der neue Minister
- 22 Der Generalsekretär
- 23 Sicher. Und Morgen?
- 24 EU Battle Group 2018-1
- 25 Digitalisierung des Gefechtsfelds
- 26 Ball der Offiziere 2018
- 27 Gedanken über die Menschenführung
- 30 Winter Survival 2018

### DER OFFIZIER

**Medieninhaber und Herausgeber:** Österreichische Offiziersgesellschaft, Schwarzenbergplatz 1, 1010 Wien, ZVR-Zahl: 795014511 | **Chefredakteur:** GenMjr Mag. Herbert Bauer | **Erscheinungsort:** Wien | **MitarbeiterInnen dieser Ausgabe:** Bgdr i. R. A. Eigentler, MSD; Obst i.R. O. Heel (Tirolbeilage); M. Musner; M. Sala  
**Marketing:** Dr. Michael Radlke, marketing@oeog.at  
**Hersteller:** TARGET GROUP Publishing GmbH, Brunecker Straße 3, 6020 Innsbruck  
**Druck:** Ing. F. Feilhauer, 2620 Neunkirchen, Seebensteiner Straße 1 | **Fotos:** Titelbild: Bundesheer/Pusch; andere gem. Einzelnachweis.

Namentlich gezeichnete Beiträge und Ausführungen des Observer müssen sich nicht mit der Meinung des Herausgebers decken.

Internet: [www.oeog.at](http://www.oeog.at), [deroffizier@oeog.at](mailto:deroffizier@oeog.at)

**Offenlegung gemäß § 24 und § 25 Mediengesetz:**  
Die Zeitschrift „Der Offizier“ befindet sich zu 100 % im Eigentum der Österreichischen Offiziersgesellschaft, 1010 Wien, Schwarzenbergplatz 1. Die Richtung der überparteilichen Zeitschrift ist durch die Statuten der ÖOG bestimmt und bezweckt Information in Wort und Bild zu Themen der internationalen und nationalen Sicherheits- und Verteidigungspolitik.

## Vorwort

**Sehr geehrte Leserin,  
sehr geehrter Leser!**

Nach der Aufbruchsstimmung für das Bundesheer, die vergangenes Jahr entstehen konnte, ist derzeit eine seltsame Ruhe eingetreten. Nach wie vor klopfen einem zwar freundliche Bürger auf die Schulter und beglückwünschen das Bundesheer, weil: „Euch geht es ja jetzt gut, ihr habt doch die dringend benötigte Milliarde zusätzlich erhalten“, das Problem dabei ist aber, dass diese zusätzliche, zum Aufrechterhalten eines einsatzbereiten Bundesheers dringend benötigte Milliarde nie gekommen ist. Nun wartet man auf die Umsetzung der Versprechungen aus dem Wahlkampf und der Ankündigungen aus den Koalitionsverhandlungen der neuen Regierung rund um die Verbesserungen für das Bundesheer.

/ Das Regierungsprogramm klingt für die Landesverteidigung vielversprechend, warum passiert also nichts? Entweder kommt der noch geheim zu haltende finanzielle Groß-Input, der den ermutigenden Kurs mit den durch das damalige Parlament „erzwungenen“ Zusagen der Vorgängerregierung ermöglicht, oder es gibt ein böses Erwachen und das systematisch geschwächte Bundesheer muss die materielle Talfahrt fortsetzen. Medial wirksam übergebenes neues Gerät darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass es immer nur ein Tropfen auf dem heißen Stein ist und dass damit die durch Sparkurse entstandenen Rückstände nicht annähernd ausgeglichen werden. Den im Budget prozentuell stark vertretenen Personalanteil als zu groß zu kritisieren, geht am Kern vorbei, nämlich, dass es logisch ist, dass bei gleichbleibendem oder minimal steigendem Budget der Personalanteil mit den gesetzlichen Gehaltsanpassungen natürlich größer wird. Da das Regierungsprogramm jedoch sehr ambitioniert ist und jeder Fachmann auch den dahinterstehenden Finanzierungsbedarf erkennen kann, werden wir bald wissen, woran wir sind. Da die Hoffnung bekanntlich zuletzt stirbt, bleiben wir aber in positiver Erwartung. Eines ist auf jeden Fall klar: Öffentlichkeit und Fachleute werden sich nicht von Jubelbotschaften täuschen lassen, dass die Landesverteidigung mehr Budget bekommen hat, wenn klar ersichtlich ist, dass sich das Leistungsvermögen und die Durchhaltefähigkeit nicht aufrechterhalten oder sogar steigern lassen.

**Ihr Chefredakteur  
Herbert Bauer**

# Brief des Präsidenten

Ostern 2018 – die Auferstehung des ÖBH bleibt aus

Im Oktober 2014 präsentierte der damalige Bundesminister Klug das Konzept „ÖBH 2018“. Ahnungslos bezeichneten es als Reform. Insider nannten es die endgültige Zerstörung des Bundesheers. Angesichts der Migrationskrise im Jahr 2015 wurde erkennbar, dass die Kritiker Recht behalten hatten. Das Parlament zog die Notbremse und stoppte die weitere Umsetzung von „ÖBH 2018“. Trotzdem fehlen seit damals Gruppenfahrzeuge als Ersatz für Pinzgauer und Puch G. Und manche Waffengattungen sind nur mehr „Rekonstruktionskerne“.

Danach leitete Minister Doskozil eine Trendumkehr ein und genoss dabei den Rückhalt der Bevölkerung. Ahnungslos sahen das Bundesheer bereits gerettet und angesichts einer – allerdings über viele Jahre verteilten und daher noch nicht zugeflossenen Sicherheitsmilliarde – im Geld schwimmen. Insider warnten vor einem Potemkinschen Dorf und machten deutlich, dass es jahrelanger, zusätzlicher Anstrengungen bedürfe, um die Schäden der Vergangenheit auszumergen.

## Versprochen! – Gebrochen?

Von vielen wurden hohe Erwartungen in die neue ÖVP-FPÖ-Koalition gesetzt, da sich ja beide Parteien in den vergangenen Jahren als Befürworter eines starken Bundesheers inszeniert hatten. Doch vergeblich sucht man im Regierungsprogramm die Zielsetzung, das Bundesheer mit zumindest einem Prozent des BIPs zu finanzieren. Stattdessen wurde von den Experten, die das LV-Kapitel verhandelten, ein „Si-



© ÖÖG/FOTOSTUDIO WILKE

deleter“ unterzeichnet, in dem eine schrittweise Erhöhung des Budgets auf drei Milliarden Euro pro Jahr vereinbart wurde. Für 2018 war eine Budgeterhöhung um fast 300 Millionen Euro vorgesehen.

„Durch eine langfristig gesicherte und ausreichende budgetäre Bedeckung ist der Investitionsrückstau der vergangenen Jahre ab 2018 aufzulösen und ein verfassungskonformer Zustand des ÖBH, insbesondere der Miliz, herzustellen.“

(Aus dem Programm der österreichischen Bundesregierung für 2017–2022)

Doch davon ist im aktuellen Budgetentwurf fast nichts mehr zu finden. Die Regierungsspitze scheint die Experten und den neuen Verteidigungsminister Kunasek vor vollendete Tatsachen zu stellen. Wieder einmal würden Zusagen nicht eingehalten werden, wieder einmal müssten Investitionen zurückgestellt werden, wieder einmal würde der Generalstab beauftragt werden, Streichungsvorschläge zu machen.

Ahnungslos meinen wieder einmal, es würde schon irgendwie gehen. Insider sprechen von einem militärischen Desaster, bei dem dringende Investitionen im Bereich der (geschützten) Mobilität, der Miliz, der Luftstreitkräfte und der Infrastruktur in unverantwortlicher Weise ausgesetzt werden müssten.

## „Message Control“ – wer trägt die Verantwortung?

Hat sich seit der Nationalratswahl das Lagebild verbessert? Ist Österreich sicherer geworden, sodass Vorsorge nicht mehr nötig ist? Die sicherheitspolitische Jahresvorschau des BMLV für 2018 spricht dazu eine andere Sprache. Oder soll dem neuen Verteidigungsminister kein politischer Erfolg gegönnt werden? Ist beim Thema Sicherheit in Österreich immer nur die Polizei gemeint?

Es muss jedem klar sein, dass Grundsatzentscheidungen der Sicherheitspolitik immer von der Regierungsspitze getroffen werden. Die Verkürzung des Grundwehrdiensts und die Aussetzung der Truppenübungen setzte Minister Platter im Auftrag von Kanzler Schüssel um. Die Wehrpflicht-Debatte und das „ÖBH 2018“ starteten

die Minister Darabos und Klug im Auftrag von Kanzler Faymann.

Wenn sich also im Regel-Budget nicht die nötigen Mittel für eine nachhaltige Sanierung des Bundesheers finden, dann wird das Parlament eine Reihe von außerbudgetären Sonderpaketen beschließen müssen. Die dringenden sind wohl: Mobilität, Miliz, Hubschrauber, Abfangjäger, bauliche Infrastruktur.

Und wer für diese Probleme keine Lösung findet, dem sei die biblische Geschichte der Karwoche als Fanal in Erinnerung gerufen: Der Heilsbringer zieht unter Jubelrufen in die Stadt ein. Und nur eine Woche später ruft das Volk: „Kreuzigt ihn!“

Mag. Erich Cibulka  
Brigadier und Präsident der ÖOG ✕

# EINSATZ MIT WEITBLICK.



UNSER HEER

   bundesheer.at

# 5. Tag der Wehrpflicht

## 150 Jahre Wehrpflicht in Österreich

### 5 Jahre Wehrpflicht-Volksbefragung



Über 300 Teilnehmer am 5. Tag der Wehrpflicht 2018 im Haus der Industrie.

Der traditionelle Tag der Wehrpflicht fand – wie jedes Jahr – am 20. Jänner statt. Und als bedeutender Erfolg durfte festgestellt werden: Die Parlamentsparteien sind sich über eine ausreichende Budgetierung des Bundesheers einig und stehen selbst einer Debatte über die Wiedereinführung des Modells 6+2 offen gegenüber.

Vor fünf Jahren sprach sich die österreichische Bevölkerung mit etwa 60 Prozent Zustimmung für die Beibehaltung der allgemeinen Wehrpflicht aus. Heute kann gesagt werden, dass dieses Ereignis den ersten Schritt einer wehrpolitischen Bewusstseinsänderung in Österreich darstellte. Eine Trendwende wurde eingeleitet, an deren Entwicklung die Plattform Wehrhaftes Österreich von Anfang an maßgeblich beteiligt war und weiterhin ist, nicht zuletzt deshalb, da ihre Vertreter mit Beharrlichkeit und Prinzipientreue im steten Diskurs mit Vertretern aus Politik und Militär die Probleme im Sicherheitssektor thematisierten. So auch bei diesem Tag der Wehrpflicht,

der im Haus der Industrie unter dem Themenkreis „150 Jahre Wehrpflicht in Österreich – 5 Jahre Wehrpflicht-Volksbefragung“ als eine der ersten Veranstaltungen des Jubiläumsjahres 2018 stattfand.

Bei dieser Veranstaltung fanden sich etwa 330 Personen ein, allen voran die Vertreter der politischen Parteien, insbesondere die Diskussionssteilnehmer NRAbg. Mag. Michael Hammer (amtsführender Vorsitzender der Parlamentarischen Bundesheerkommission und Mitglied im Landesverteidigungsausschuss, ÖVP), NRAbg. Dr. Reinhard



Zahlreiche Ehrengäste zeichneten die Veranstaltung aus.

Bösch (Vorsitzender des Landesverteidigungsausschusses, FPÖ), NRAbg. Rudolf Plessl (Mitglied des Landesverteidigungsausschusses, SPÖ) sowie Bundesminister a. D. Dr. Friedhelm Frischenschlager (Mitglied der Parlamentarischen Bundesheerkommission, NEOS). Unter den Gästen befanden sich außerdem weitere höchste Repräsentanten aus Politik und Militär, wie der Generalsekretär im BMLV Dr. Wolfgang Baumann und Staatssekretär DDr. Hubert Fuchs. Die militärischen Ehrengäste wurden vom stv. Ch Gen Stb Gen Lt Bernhard Bair angeführt. Ein Bläserensemble der Gardemusik gab der Veranstaltung einen festlichen Rahmen.

#### Zusammenarbeit über die Ressortgrenzen hinaus

Generalsekretär Dr. Baumann übermittelte in seinen Grußworten die besten Wünsche des neuen Verteidigungsministers Kunasek, der leider nicht selbst am Tag der Wehrpflicht teilnehmen konnte.

Er betonte, dass die Ressortführung um eine enge Kooperation mit den wehrpolitischen Vereinigungen und der Opposition zur positiven Gestaltung des Bundesheers bemüht ist, geht das Thema der Landesverteidigung doch auch die gesamte Nation etwas an. Beim neuen Bundesminister treffen viele Forderungen der Platt-

form auf positive Resonanz. Der Erhalt des Militärrealgymnasiums – als eines der geplanten Leuchtturmprojekte für 2018 – zeugt beispielsweise davon, dass das Sicherheitsbewusstsein positiv in der Gesellschaft und in der Bildungslandschaft verankert werden soll, was klar einer Forderung der Plattform entspricht. Wie der Ge-



Oberst HR Dr. Christian Ortner, Direktor des Heeresgeschichtlichen Museums, referierte über die historischen Hintergründe der Wehrpflicht in Österreich beziehungsweise Österreich-Ungarn.

neralsekretär jedoch selbst betonte, werden diese positiven Absichten von einer ausreichenden Budgetierung des Verteidigungsministeriums abhängen, die nicht unumstößlich gesichert erscheint. Die eingeleitete Trendwende ist somit noch lange nicht gesichert!

#### Wehrpflicht im Laufe der Zeit

Oberst HR Dr. Christian Ortner, Direktor des Heeresgeschichtlichen Museums, referierte über die historischen Hintergründe der Wehrpflicht in Österreich beziehungsweise Österreich-Ungarn. Dabei unterstrich er, dass der Gedanke einer „Volksarmee“ weit älter als das Wehrgesetz 1868 ist, auf welches das Jubiläumsjahr Bezug nimmt. So wurde beispielsweise 1808 die Landwehr in Österreich eingeführt. Auf regionaler Ebene konnte etwa auch

bereits durch das Landlibell von 1511 in Tirol und Vorarlberg von einer Wehrpflichtigenarmee gesprochen werden. Im 18. Jahrhundert erkannte man in den Kriegen gegen das revolutionäre Frankreich den Nachteil einer Freiwilligenarmee (d. h. Rekrutierung durch Werbung), da der kriegsnotwendige Stand an Soldaten nicht durch reine

Freiwilligkeit gedeckt werden konnte. Die Idee der „levée en masse“ fand somit auch in Österreich Einzug – anfänglich jedoch nur in Form einer Evidenzhaltung und noch mit einer erheblichen Anzahl an ausgenommenen und privilegierten Personenkreisen (so war das Loskaufen und das Stellen eines Stellvertreters beispielsweise möglich). Erzherzog Johann erwog in der darauffolgenden Ära der napoleonischen Kriege die Idee einer allgemeinen Wehrpflicht: „Die Verteidigung wird zu einer nationalen Angelegenheit“, wie Ortner es formulierte. Eine Auffassung, wonach es eine allgemeine staatsbürgerliche Pflicht eines jeden sei, zur Verteidigung des Vaterlandes bereitzustehen. Es blieben jedoch im Laufe der nächsten Jahrzehnte weiterhin vielerlei Ausnahmen und Privilegien bestehen und die Dienstzeiten wurden immer



Generalsekretär Dr. Wolfgang Baumann: „Die positiven Absichten werden von einer ausreichenden Budgetierung des Verteidigungsministeriums abhängen, die nicht unumstößlich gesichert erscheint. Die eingeleitete Trendwende ist somit noch lange nicht gesichert!“

wieder geändert. Nach den schweren außenpolitischen Rückschlägen von Solferino 1858 und Königgrätz 1866 (bei denen der schlechte Ausbildungsstand der Soldaten zu einem erheblichen Grad die Niederlagen begünstigte) war die Habsburgermonarchie auch zu innenpolitischen Zugeständnissen genötigt. Nach der Konstituierung und dem Ausgleich mit Ungarn wurde eine Reform des Heerwesens eingeleitet, in der eine allgemeine und persönliche Wehrpflicht eingeführt wurde – das Wehrgesetz 1868. Die Wehrpflicht bestand aus drei Jahren Aktivdienst (Kriegsmarine vier Jahre) und im Anschluss sieben Jahren Reserve, der zwei Jahre in der Landwehr folgten (in Summe zwölf Jahre Wehrpflicht). Es gab kaum Befreiungen, wobei die tatsächliche Einberufung zum Aktivdienst wiederum nicht jeden traf, sondern gelost wurde. Die nicht Gelosten kamen nach einer Kurzausbildung in die sogenannte Ersatzreserve. Interessant ist auch, dass alle Wehruntauglichen pro Jahr einen nach sozialen und wirtschaftlichen Verhältnissen gestaffelten Geldbetrag als Wehrtaxe zu entrichten hatten.

Doch im Verlauf der Zeit folgte das, was schon so oft in der Politik Österreichs geschah und in der darauffolgenden Zukunft noch etliche Male folgen sollte: „Das Militär und die Ergänzungsgesetze werden in den Strudel der Innenpolitik hineingerissen, ▶



© OÖG/MÖSENER (4)

Brigadier Dr. Peter Fender, Generalsekretär der Plattform und Präsident der Offiziersgesellschaft Niederösterreich: „Wehrpflicht ist nicht gleich der Grundwehrdienst.“

### Rechtliche, militärische und staatspolitische Dimension der Wehrpflicht

Brigadier Dr. Peter Fender, Generalsekretär der Plattform und Präsident der Offiziersgesellschaft Niederösterreich, beleuchtete die rechtlichen und staatspolitischen Aspekte der Wehrpflicht und begann seine Rede mit drei Thesen:

- „Wehrpflicht ist nicht gleich der Grundwehrdienst.“
- „Ohne Wehrpflicht sind die verfassungsmäßigen Aufgaben des Bundesheers nicht erfüllbar.“
- „Ohne Wehrpflicht gibt Österreich die Bewältigung einer ernsthaften Krise auf.“

In Österreich ist man vom 17. bis zum 50. Lebensjahr wehrpflichtig (also 33 Jahre); Kaderpersonal bis zum 65. Jahr. Zur Wehrpflicht gehören die Stellungspflicht, die Pflicht zur Leistung von Präsenzdiensten und die Pflicht, in der Reserve und im Milizstand zu dienen. Zu diesen Pflichten gehört somit ne-

für alle mob-beordneten Soldaten dringend notwendig wäre!

/ Im weiteren Verlauf seiner Rede führte Fender aus, dass im Falle einer Krise beziehungsweise eines Einsatzes neben dem Aufschubspräsenzdienst und außerordentlichen Übungen insbesondere der Einsatzpräsenzdienst eine bedeutende Rolle einnimmt. In diesem Falle können Wehrpflichtige zu allen drei Inlandseinsatzarten (Militärische Landesverteidigung, Sicherheitspolizeilicher Assistenzeinsatz und Katastrophenassistenz) „zeitlich und mengenmäßig unbegrenzt“ herangezogen werden. „Das ist der absolute Kern der Wehrpflicht“, wie Fender betonte, da zur Bewältigung einer Krise ein sehr großes Personalreservoir erschlossen werden kann, welches bei anderen Wehrmodellen nicht zur Verfügung stehen würde. In diesem Zusammenhang ist auch das Leistungsrecht von entscheidender Bedeutung, das Fender als die „Wehrpflicht für Sachen“ aller Art bezeichnete.

vor allem des Dualismus“, wie es Ortner treffend zum Ausdruck brachte. Das Wehrgesetz wurde im Laufe der Zeit mehrmals novelliert. 1890 wurde auf permanente Rekrutanzahlen umgestellt, die von beiden Reichsteilen auf zehn Jahre genehmigt werden mussten. Ungarn blockierte ab 1912 jegliche Kapazitätssteigerungen, mit der Folge, dass 1912 abermals ein neues Wehrgesetz eingeführt werden musste (zwei Jahre Aktivdienst, zehn Jahre in der Reserve, anschließend im Landsturm). Das wehrpolitische Chaos und die sich ständig ändernden Strukturen dieser Jahre hatten zur Folge, dass nur 29 Prozent der Stellungspflichtigen tatsächlich einberufen wurden (der Rest ging in die Ersatzreserve oder war untauglich – im Vergleich dazu hatte Frankreich 86 Prozent Assentierung). Hochgerechnet auf die Gesamtbevölkerung wurden nur 0,27 Prozent der Gesamtbevölkerung einer militärischen Ausbildung unterzogen (damit war Österreich-Ungarn das Schlusslicht in Europa), weshalb bei Kriegsausbruch 1914 auf einen ausgebildeten Soldaten sechs wenig bis gar nicht ausgebildete Soldaten kamen. Das erklärt die ungeheuerlichen Verluste der ersten vier Kriegsmonate, in denen von 2,5 Millionen Mann Mobilmachungsstärke 1,1 Millionen ausfielen.

/ Geschichte, die uns als mahnendes Vorbild dienen sollte.



Die Präsidenten der Plattform präsentierten ihr Positionspapier, das im Sommer 2017 in Vorbereitung auf die Bildung einer neuen Bundesregierung ausgearbeitet worden ist.

ben dem Grundwehrdienst prinzipiell auch die Pflicht zu Truppenübungen. Im Gegensatz zu den früher existierenden, verpflichtenden Truppenübungen für alle (Modell 6+2), wird die Einberufung der Mannschaft jedoch nicht vollzogen. Für Fender ist es deshalb völlig klar, dass „eine Wiedereinführung von regelmäßigen Wiederholungsübungen

/ Einer Berufsarmee steht auf der einen Seite aufgrund der erhöhten Personalkosten und auf der anderen Seite aufgrund der unregelmäßigen und generell zu geringen Rekrutierung deutlich weniger Personal zur Verfügung als einer Wehrpflichtigenarmee. Als praktisches Beispiel beschrieb Fender Erfahrungen der deutschen Bundeswehr,



NRAbg a. D. Walter Tancsits als Vertreter der Vereinigung Österreichischer Peacekeeper



V. l.: ÖOG Präsident Bgdr Mag. Erich Cibulka, ÖUOG Präsident Vzlt Paul Kellermayr und IGBO Obmann Obst i. R. Dr. Siegfried Albel

für die selbst das Abstellen einer Wache bei militärischen Liegenschaften ein Personalproblem aufwirft. Ihre Berufsarmee lukriert schlichtweg zu wenig Mann, um die eigenen Kasernen zu bewachen. Und gerade im Falle eines Einsatzes zum Schutz kritischer Infrastruktur ist eine hohe Personalstärke unbedingt erforderlich (insbesondere zur Ablöse bei längerer Einsatzdauer). Ein weiterer Vorteil der Wehrpflichtigenarmee ist gerade die enorme Anzahl an Reservisten, die im Falle einer ernst zu nehmenden Krise herangezogen werden können. In Österreich sind etwa eine Million Männer wehrpflichtig, aus denen in Krisenfällen auch Experten aller Art flexibel herangezogen werden können. Bei einer Berufsarmee wäre das nicht möglich.

/ Nicht zuletzt bewahrt die Wehrpflicht davon, dass das Thema der Landesverteidigung zu einem gesellschaftlichen Randgruppenphänomen – wie etwa die Justizwache – verkommt. Fender schlussfolgert deshalb: „Nur die allgemeine Wehrpflicht stellt das Wehrbewusstsein sicher.“ Und: „Nur mit der Wehrpflicht sind die verfassungsmäßigen Aufgaben des Bundesheeres erfüllbar. Nur die Wehrpflicht garantiert die Sicherheit Österreichs.“

### Die Plattform präsentiert ihre Forderungen

Die Präsidenten der Plattform präsentierten im Anschluss ihr Positionspapier, das im Sommer 2017 in Vorbereitung auf die Bildung einer neuen Bundesregierung ausgearbeitet worden ist. Im Zuge dieser Präsentation wurde aus dem aktuellen Militärstrategischen Konzept 2017 zitiert:

/ „Mit den bisherigen finanziellen und personellen Ressourcen ist das ÖBH nur zu einer ersten, aber nicht nachhaltigen Abwehr konventioneller Angriffe befähigt. Die finale Abwehr inklusive der Wiederherstellung der staatlichen Souveränität

von konventionellen Angriffen ist nur durch das Eingreifen der internationalen Staatengemeinschaft möglich. Dies beinhaltet die Inkaufnahme des Risikos eines ‚eingefrorenen Konflikts‘ auf österreichischem Staatsgebiet. In Folge der Antizipation und Früherkennung müssen rechtzeitig

**joulie**  
powered by **EVN**

# Mit einem Klick zur Photovoltaik.

Steigen Sie jetzt mit **joulie** auf Sonnenenergie um. Online können Sie sich ganz einfach Ihre individuelle Photovoltaikanlage zusammenstellen und schon starten Sie in Ihre Energieunabhängigkeit. Jetzt planen auf **joulie.at**



entsprechende Maßnahmen zur Erhöhung der finanziellen und personellen Ressourcen und damit der konventionellen Abwehrfähigkeit des ÖBH getroffen werden.“

/ Dieser Befund ist erschreckend und verdeutlicht, dass die Forderungen der Plattform absolute Dringlichkeiten besitzen.

Die Kernforderungen sind:

- Das Bundesheer ist ein Milizheer, was konsequenterweise Grundwehrdienst und verpflichtende Milizübungen bedeuten muss. Die Plattform fordert daher die Wiedereinführung von verpflichtenden Truppenübungen in Form des 6+2-Modells!



ÖKB Präsident Ludwig Bieringer: „Der Schutz seiner Bürger vor Bedrohungen ist die wichtigste Staatsaufgabe!“

- Die Plattform bekennt sich zur Allgemeinen Wehrpflicht, welche für einen Kleinstaat das effektivste Wehrsystem darstellt.
- Anhand des Militärstrategischen Konzepts 2017 und sicherheitspolitischer Analysen muss kritisch hinterfragt werden, ob die derzeitige Obergrenze von 55.000 Soldaten für die festgelegten Einsatzverfahren, wie Schutzoperation (als Antwort auf hybride Bedrohungen) oder Abwehroperation (als konventionelle Verteidigung) ausreichend ist. Die Plattform fordert daher, dass eine ausreichende personelle und materielle Ausstattung des Bundesheers sichergestellt wird, um die Handlungsfähigkeit des Heers zu gewährleisten.
- Eine etablierte Wehrgesinnung ist die Grundlage eines resilienten Staats und dessen Gesellschaft. Deshalb



NRAbg Mag. Michael Hammer: „Es kann nicht sein, dass das Österreichische Bundesheer seinen Aufgaben nicht mehr nachkommen kann, weshalb ein nationaler Schulterschluss notwendig ist.“

soll in Öffentlichkeit und Schulen ein Bewusstsein für die Komplexität der sicherheitspolitischen Herausforderungen geschaffen werden. Die Geistige Landesverteidigung ist daher zu reaktivieren und als Staatsziel zu deklarieren.

- Der Nationalrat muss die Umsetzung der Wehrgesetze und der nationalen Sicherheitsdoktrin durch Einforderung von Berichten und durch Truppenbesuche überprüfen. Erst dadurch kann die Grundlage einer Beurteilung geschaffen werden, ob die vorgesehenen Budgetmittel zur Erfüllung der festgesetzten Ziele ausreichen.

/ Die Plattform appelliert an die Bundesregierung und an den Nationalrat, die aktuellen Herausforderungen ernst zu nehmen und die daraus zu ziehenden Ableitungen mit Leben zu erfüllen. Denn so wie der Präsident des ÖKB, BR-Präsident a. D. Ludwig Bieringer, betonte, ist „der Schutz seiner Bürger vor Bedrohungen (...) die wichtigste Staatsaufgabe“.

/ Das vollständige Positionspapier der Plattform Wehrhaftes Österreich ist abrufbar unter:

/ <http://www.wehrhaftes-oesterreich.at/wer-sind-wir/forderungskatalog/>

### Parteien nähern sich Positionen der Plattform an

Im letzten Teil der Veranstaltung diskutierten Vertreter der Parlamentsparteien mit dem Vorsitzenden der Plattform, Brigadier Mag. Erich Cibulka, über relevante wehrpolitische Fragen. Vertreten waren NRAbg Mag. Michael Hammer (ÖVP), NRAbg Dr. Reinhard Bösch (FPÖ), NRAbg Rudolf Plessl (SPÖ) und BM a. D. Dr. Friedrich Frischenschlager (NEOS).

Allen Vertretern der Parlamentsparteien ist bewusst, dass sich die sicherheitspolitische Lage geändert hat und eine Stärkung der Sicherheitsarchitektur Österreichs erforderlich ist. Und wie schon der Allparteienbeschluss des Nationalrats im November 2015 gezeigt hat, besteht heute auch darüber Einigkeit, dass dem Bundesheer jene Budgetmittel gegeben werden müssen, die es braucht, um seine Aufgaben erfüllen zu können. Denn es „kann nicht sein, dass das Österreichische Bundesheer seinen Aufgaben nicht mehr nachkommen kann, weshalb ein nationaler Schulterschluss notwendig ist“, wie NRAbg Mag. Michael Hammer festhielt. So auch sein Koalitionspartner NRAbg. Dr. Reinhard Bösch, der meinte: „Bei der Sicherheit wird diese Bundesregierung die notwendigen Finanzmittel aufbringen, um die notwendigen Maßnahmen zu setzen, die uns die Zeit und die Herausforderungen abverlangen.“



NRAbg. Dr. Reinhard Bösch: „Bei der Sicherheit wird diese Bundesregierung die notwendigen Finanzmittel aufbringen, um die notwendigen Maßnahmen zu setzen, die uns die Zeit und die Herausforderungen abverlangen.“

/ In welchem Umfang und in welchen Schritten die Budgeterhöhung erfolgen soll, konnte nicht festgelegt werden. „Aufgabe bei den Budgetverhandlungen [ist es,] eine kontinuierliche, berechenbare Finanzierung für das ÖBH sicherzustellen! Und die beiden Koalitionsparteien haben sich auch darauf geeinigt“, bestätigte NRAbg. Dr. Reinhard Bösch. Diese berechenbare Steigerung kann sich jedoch auch

über Jahre erstrecken – auch über die Legislaturperiode hinaus. Auch NRAbg Rudolf Plessl sieht die Notwendigkeit, diesen positiven Pfad fortzusetzen und die notwendigen Budgetmittel bereitzustellen. Ihm ist es dabei vor allem wichtig, dass dieses zusätzliche Budget auch wirklich bei der Truppe ankommt. Geht es doch insbesondere darum, dass ausreichend und entsprechend ausgebildetes Personal für die Bewältigung der Aufgaben aufgebracht werden kann. Cibulka konnte somit festhalten, dass in Bezug auf eine ausreichende Budgetierung der nationale Schulterschluss hergestellt sei. An dieser Stelle wiederholte er die dezidierte Forde-



NRAbg Rudolf Plessl ist es vor allem wichtig, dass zusätzliche Budgetmittel auch wirklich bei der Truppe ankommen.

rung der wehrpolitischen Verbände nach zumindest einem Prozent des BIP als Budget für die Landesverteidigung. Denn für diese ist klar, dass erst ab diesem Betrag eine Gesundung der Wehrfähigkeit Österreichs gelingen kann.

/ Cibulka regte im Anschluss die Diskussion über die Rückkehr zum Modell 6+2 mit verpflichtenden Truppenübungen an. Es ist beachtenswert, dass dieses Thema noch vor wenigen Jahren als politisches No-Go angesehen wurde, bei dem alle Parteien die Sorge hatten, sich ruhmlos die Finger zu verbrennen. Heute sind die anwesenden Parteivertreter einer diesbezüglichen Debatte gegenüber deutlich aufgeschlossener. So Bösch: „Wir verschließen uns nicht vor dieser Diskussion 6 plus 2. Diese Bundesregierung wird, wenn es die Lage erzwingt, auch diesen Schritt

setzen. Ich persönlich würde ihn heute setzen.“ Aber, wie er sagte: „Diese Entscheidung wird jetzt nicht fallen.“ Man versuche zurzeit, das benötigte Personal viel mehr über Freiwilligenwerbung und Attraktivierungsmaßnahmen zu lukrieren. Auch sein Koalitionspartner steht einer Diskussion über das Modell 6+2 offen gegenüber, meint jedoch auch, dass diese Frage aktuell keine Relevanz besitze. Er erteilte aber allen Alternativvorschlägen (wie z. B. 5+1) eine klare Absage.

/ Ein Erfolg ist dies jedoch allemal! Denn bedenkt man, dass eine Gesprächsbereitschaft über die Wiedereinführung verpflichtender Truppenübungen bis vor Kurzem nicht einmal bestand, kann das Aufbrechen dieses No-Gos als wertvoll genug beurteilt werden. Die Parteivertreter haben sich also deutlich an die Positionen der Plattform angenähert.

/ Diese Gesprächsbereitschaft ist, wie es Cibulka formulierte, die „eigentliche Sensation“. Selbst BM a. D. Dr. Friedhelm Frischenschlager, der sonst wehr-



BM a. D. Dr. Friedhelm Frischenschlager plädiert für eine Berufsarmee mit freiwilliger Miliz.

politische Seitenwege befürht (er erachtet generell die Wehrpflicht für obsolet und fordert eine Abkehr von der Hauptaufgabe der militärischen Landesverteidigung hin zu einer Berufsarmee mit starker EU-Ausrichtung. „Die KPE ist für mich der Kern der militärischen Kapazität des Bundesheers! Diese sollte sich positiv entwickeln.“ Die Obliegenheiten der Miliz sieht er weniger in der Landesverteidigung als vielmehr bei „anderen Aufgaben“, also insbesondere Katastro-

phenschutz), ist auch er der Meinung, dass es völlig sinnlos ist, Soldaten nach dem Grundwehrdienst einfach nach Hause zu schicken, ohne sie zu weiteren Übungen einzuberufen (er selbst plädiert jedoch für eine Berufsarmee mit freiwilliger Miliz).



ÖOG Präsident Bgdr Mag. Erich Cibulka: „Es gibt einen nationalen Schulterschluss bei einer positiven Finanzierung.“

### Fazit:

Cibulka hielt somit abschließend fest:

- „Es gibt einen nationalen Schulterschluss bei einer positiven Finanzierung.“
- Es gibt noch keinen Schulterschluss bei verpflichtenden Übungen.
- Aber es gibt mittlerweile die Bereitschaft zur Diskussion über das Modell 6+2!“

/ Die Politik und das Ressort sind somit deutlich an die Positionen der Plattform herangerückt. Diese wird sich jedoch weiterhin für die Belange der österreichischen Verteidigungspolitik engagieren und ihre Positionen vertreten. Denn die aktuellen sicherheitspolitischen Veränderungen unserer Zeit verlangen ein handlungsfähiges Heer beziehungsweise wie NRAbg. Mag. Hammer es formulierte: „Es ist dem Bürger zusehends klar, dass es eine starke Landesverteidigung und damit ein starkes Bundesheer braucht.“ Und dafür setzt sich die Plattform ein: Für ein sicheres Österreich! (ÖOG/C. Gössl)

# Regierungsprogramm – Heeresorganisation – Finanzen



© BUNDESHEER/PIJUSCH

„Sicherstellung der Einsatzfähigkeit der Milizbataillone auf nationaler Ebene“

Im Regierungsprogramm 2017–2022 mit dem Titel „Zusammen. Für unser Österreich.“ (siehe auch das Kapitel Landesverteidigung als Auszug auf Seite 21ff. dieser Ausgabe von „Der Offizier“) findet man folgende für die Heeresorganisation relevanten Punkte, in denen auch langjährige Forderungen der Österreichischen Offiziersgesellschaft (ÖOG) weitgehend abgedeckt sind.

So forderte die ÖOG schon 2012 die „Militärkommanden als die entscheidende Führungsebene eines territorialen Schutzes entsprechend zu befähigen“. Das Regierungsprogramm 2017–2022 spricht ebenfalls davon, „die Militärkommanden in ihrer Funktionsfähigkeit insbesondere bei Krisen und Katastrophen sowie sicherheitspolizeilichen Assistenzmaßnahmen ausrüstungstechnisch und personell im Sinne des Territorialitätsprinzips“ zu stärken und auszustatten.

Die Voraussetzung der Erfüllung einer Forderung der ÖOG aus dem Jahre 2017 nach einer „verstärkten Kooperation mit internationalen Partnern auf Basis eigener Stärke und Verteidigungsfähigkeit“ kann laut Regierungsprogramm folgendermaßen erreicht werden: „Erhalt der Brigadestruktur für die Landstreitkräfte (vier Brigaden bzw. Äquivalente) und Luftstreitkräfte (zwei

Brigaden bzw. Äquivalente) und der Kompetenz des ÖBH auch bei schweren Waffen.“

Im Positionspapier der ÖOG 2017 finden wir die Forderung nach einer „klaren politischen Entscheidung hinsichtlich der Aufgaben des ÖBH als Beitragsleister für die innere Sicherheit und als strategische Reserve der Republik Österreich“. Die Überlegungen im Regierungsprogramm bezüglich der Stärkung der „Autarkie der Kasernen“ sowie der „Festlegung von Standorten für ‚Sicherheitsinseln‘ mit dem Ziel einer bundesweiten Abdeckung, um im Krisen- und Katastrophenfall eine regionale Durchhaltefähigkeit zu gewährleisten“, kann als Teil einer Umsetzung der Forderungen erkannt werden. Die ebenfalls im Regierungsprogramm angesprochene „Sanierung der Kasernen und ihrer Infrastruktur“ sowie die „einsatzorientierte Neugestaltung der Sanitätsversorgung“ ergänzen die klaren Überlegungen zu den Bedürfnissen der Republik Österreich.

Schon 2012 schreibt die ÖOG u. a. auch, dass „die Aufgabenstellung des Bundesheeres eine angepasste Berufskomponente und eine größere Zahl an leistungsfähigen Truppen, die nach den Grundsätzen der Miliz auszurichten sind“, erfordert. Das Regierungsprogramm fordert, dass die „Einsatzfähigkeit der Miliz gewährleistet sein“

muss. Und weiter im Regierungsprogramm: „Für jedes Milizbataillon soll es ein präsenten Bataillon geben mit dem Ziel einer ausgewogenen Grundstruktur des ÖBH“ sowie „Sicherstellung der Einsatzfähigkeit der Milizbataillone auf nationaler Ebene“.

Dass das alles nur möglich ist, wenn entsprechend dem Regierungsprogramm der „Investitionsrückstau der vergangenen Jahre ab 2018 aufgelöst“ wird und alle Forderungen aus dem Regierungsprogramm „durch eine langfristig gesicherte und ausreichende budgetäre Bedeckung“ sichergestellt werden kann, ist selbstredend. Die Kronenzeitung schreibt dazu am 28. November 2017: „Fix sei laut FPÖ-Verhandlern auch die massive Aufstockung der Mittel: Das Verteidigungsbudget werde in drei Jahresschritten von derzeit 2,072 Milliarden Euro (das sind 0,66 Prozent des Bruttoinlandsproduktes) auf 3,139 Milliarden Euro erhöht, also auf ein Prozent des BIP. Diese Dimension entspricht dann den Heeresbudgets von 1985 und früher. Die ÖVP hat diese Zahlen noch nicht hundertprozentig bestätigt: Sie will das Ergebnis der Finanzverhandlungen abwarten.“ Im Interview mit Verteidigungs-

minister Mario Kunasek in der Kleinen Zeitung am 3. Jänner 2018 hört sich das allerdings wie folgt an: „Frage: Die FPÖ ging in die Regierungsverhandlungen mit der Forderung, das Wehrbudget auf ein Prozent des BIP anzuheben. Wird es dazu noch in dieser Legislaturperiode kommen? Kunasek: ‚Von dem einen Prozent werden Sie im Regierungsprogramm nichts finden, aber wichtig war es mir, ganz klar festzuhalten, dass bei der Sicherheit nicht weiter gespart wird. Es wird mehr geben, als das in der Vergangenheit der Fall war und das ist das wichtige Signal‘. Frage: Also ist dieses eine Prozent vom BIP, was rund 3,5 Milliarden Euro entspricht, kein Ziel mehr? Kunasek: ‚Jeder hätte natürlich gerne mehr, aber eine privilegierte Situation ist für mich, dass bei der Sicherheit nicht gespart wird.“

Nun, die Wahrheit wird spätestens mit der Budgetrede des Finanzministers auf dem Tisch liegen, der allerdings nur die Rolle eines „Kassiers“ hat, dem der „Vereinsobmann“ und sein Vize die Linien vorgegeben haben. An diese wird man sich auch wenden müssen, wenn das Geld nicht für den verfassungsmäßigen Auftrag reicht. (ÖOG/Red.) ✘



RUAG ARANEA Communication Expert

**Wir garantieren schnelle Kommunikation.**

**Together ahead. RUAG**



Zusammen.  
Für unser Österreich.

Regierungsprogramm 2017–2022

# Regierungsprogramm 2017–2022

(NACHSTEHEND DAS KAPITEL LANDESVERTEIDIGUNG AUS DEM REGIERUNGSPROGRAMM 2017–2022)

## Landesverteidigung

Das neutrale Österreich bekennt sich zur militärischen Landesverteidigung durch das Bundesheer, welches als Einsatzheer zu führen und nach den Grundsätzen eines Milizsystems einzurichten ist, sowie zur allgemeinen Wehrpflicht.

/ Das EU-Mitgliedsland Österreich liegt Krisenregionen an den Rändern Europas geografisch näher als andere EU-Mitgliedstaaten. Die Auswirkungen von Konflikten wurden nicht zuletzt durch die Migrationskrise seit 2015 sichtbar. Das erfordert, das österreichische Staatsgebiet und seine Bürgerinnen und Bürger zu schützen und zu verteidigen sowie gegen alle Formen der Bedrohung zu rüsten. Darüber hinaus gewinnen nicht-konventionelle Formen organisierter Gewaltanwendung durch staatliche und nicht-staatliche Akteure auch für Österreich an Bedeutung. Dieses Risikospektrum umfasst somit den Einsatz

zerstörerisch-disruptiver Technologien wie Energie- und Biowaffen, Cyber-Angriffe sowie die Weitergabe von Technologien und Gütern zur Herstellung von Massenvernichtungswaffen.

/ Auch transnationaler Terrorismus und Extremismus können zur Destabilisierung von Staaten beitragen. Zum Beispiel haben Cyberangriffe das Potenzial, durch nachhaltige Beeinträchtigung nationaler Infrastruktur Gesellschaften zu destabilisieren. Auch moderne militärische Strukturen und Einsätze stützen sich, wie vitale staatliche Grundfunktionen, auf funktionierende IKT-Infrastruktur und stellen somit lohnende Ziele für Angriffe dar. Naturkatastrophen sowie technische oder ökologische Katastrophen sind im nationalen und globalen Kontext im Steigen begriffen. Neben den unmittelbaren fatalen Auswirkungen auf die betroffenen Menschen können sie auch negative Folgewirkungen

für die Stabilität gesamter Regionen haben und Migrationsbewegungen größeren Umfangs auslösen.

/ Für Österreich bedeutet das die Erhaltung und Stärkung der Fähigkeiten einer eigenständigen militärischen Landesverteidigung gemäß Art 79 (1) B-VG, um die erforderlichen Potenziale auch nach dem Territorialitätsprinzip aufrechtzuerhalten. Das österreichische Bundesheer (ÖBH) ist als Einsatzheer in einer Gesamtstärke von zumindest 55.000 Soldaten zu führen. In diesem Zusammenhang ist das ÖBH konsequent auf die Abwehr konventioneller und nicht-konventioneller Angriffe auszurichten. Dafür ist durch eine langfristig gesicherte und ausreichende budgetäre Bedeckung der Investitionsrückstau der vergangenen Jahre ab 2018 aufzulösen und ein verfassungskonformer Zustand des ÖBH, insbesondere der Miliz, herzustellen.

/ Das ÖBH muss weiterhin auch über den Bereich der militärischen Landesverteidigung hinaus zur Bewältigung von Assistenz-Aufgaben, zum Schutz der verfassungsmäßigen Einrichtungen und ihrer Handlungsfähigkeit sowie der demokratischen Freiheiten der Einwohner, zur Aufrechterhaltung der Ordnung und Sicherheit im Inneren überhaupt sowie zur Hilfeleistung bei Elementarereignissen und Unglücksfällen außergewöhnlichen Umfangs befähigt sein. Das kann z. B. Beitragsleistungen zum Schutz kritischer Infrastrukturen, im Bereich Cyber-Abwehr oder für mögliche



Ernennung und Angelobung von Bundeskanzler Kurz durch Bundespräsident Van der Bellen



Ernennung und Angelobung von Verteidigungsminister Kunasek durch Bundespräsident Van der Bellen

Herausforderungen im Bereich Grenzüberwachung umfassen. Luftraumsouveränität und Luftraumüberwachung müssen umfassend gewährleistet werden und sollen durch Effizienz und Nachhaltigkeit internationalen Vergleichen standhalten können.

/ Der Cyber-Bereich ist auch in Zusammenarbeit mit nationalen und internationalen Partnern weiterzuentwickeln.

/ Zusätzlich dazu werden die Fähigkeiten des ÖBH auch im Bedarfsfall innerhalb des EU-Gebietes u. a. zum Schutz der EU-Außengrenzen (Solidarität, Beistand) gefragt sein. Der Erhalt und der Aufbau der entsprechenden Fähigkeiten werden zu einem wesentlichen Beitrag im Rahmen der EU führen. Jeder Beurteilung eines Auslandseinsatzes des ÖBH sind die strategischen Interessen der Republik zugrunde zu legen. Die hierfür notwendigen militärischen Fähigkeiten sind vor allem auch im Rahmen des internationalen Krisenmanagements, dort wo Konflikte Auswirkungen auf Österreich haben, vorzuhalten, um zu Stabilität, Krisenbewältigung und Friedenserhaltung beizutragen. Diesbezüglich ist der Personal- und Budgetbedarf sicherzustellen.

## Zieldefinition

1. Langfristige Planbarkeit durch adäquate budgetäre und geeignete personelle Ausstattung ermöglichen – Stärkung des Österreichischen Bundesheeres

2. Eine qualitative Basisausbildung im Grundwehrdienst durch die Einführung einer Rekrutenschule als Qualitätssicherung sicherstellen
3. Miliz Neu: Die jederzeitige Einsetzbarkeit der Miliz ist sicherzustellen
4. Eine anspruchsvolle Cyber-Abwehr im Rahmen einer gesamtstaatlichen Cyber-Strategie der Bundesregierung aufbauen
5. Aufstockung für Auslandseinsätze entsprechend den strategischen Interessen der Republik

## Maßnahmen

### Bekanntnis zu einem starken Österreichischen Bundesheer

Wir bekennen uns zur militärischen Landesverteidigung durch das Österreichische Bundesheer auch als strategische Handlungsreserve unseres Landes. Es braucht eine klare Zielsetzung, für welche Aufgaben und in welchem Ausmaß es national wie auch international unter Wahrung der Neutralität zuständig sein soll und welche Schwerpunkte gesetzt werden. Dabei sind die verfassungsrechtlichen Vorgaben und die klare Aufgabenverteilung zwischen Polizei und Militär einzuhalten. Um die Aufgaben erfüllen zu können, ist das ÖBH entsprechend rechtlich und organisatorisch auszustatten und die budgetäre Planbarkeit für die Zukunft zu verbessern.

- Verwaltungsvereinfachung bei internen Abläufen im ÖBH und Kommandantenverantwortung stärken

- Evaluierung des aktuellen nationalen Rechtsbestands sowie der militärstrategischen Grundsatzpapiere
- Eigenes Dienst- und Besoldungsrecht mit einer eigenen gesetzlichen Regelung für den Militärdienst als Abschnitt im Rahmen des BDG: Schaffung eines funktions- und einsatzbezogenen Besoldungssystems
- Autarkie der Kasernen stärken
- Festlegung von Standorten für „Sicherheitsinseln“ mit dem Ziel einer bundesweiten Abdeckung, um im Krisen- und Katastrophenfall eine regionale Durchhaltefähigkeit zu gewährleisten
- Sanierung der Kasernen und ihrer Infrastruktur
- Schaffung einer Behörde für die Anwendung des Kriegsmaterialausführungsgesetzes und Außenwirtschaftsgesetzes
- Optimierung und Nutzung von Synergieeffekten bei der Beschaffung und Infrastruktur mit anderen Ressorts (insbesondere BMI) und zivilen Leistungsträgern
- Einsatzorientierte Neugestaltung der Sanitätsversorgung des ÖBH (auch in Kooperation mit anderen Trägerorganisationen/Einrichtungen)
- Verstärkte begleitende Kontrolle bei Großbeschaffungen sowie verstärkte europäische und internationale Kooperation bei Beschaffungen

### Moderne Streitkräfte und effektiver Schutz für Österreich

Den Herausforderungen und den verfassungsmäßigen Aufträgen wurde



Am 18. Dezember 2017 wurde die neue Bundesregierung vom Bundespräsidenten in der Präsidentschaftskanzlei angelobt.

in den letzten zehn Jahren nur mangelhaft nachgekommen, wodurch das ÖBH nachhaltig geschwächt wurde. Deshalb leiten wir einen Kurswechsel ein. Zuerst bedarf es einer effizienten Personalbewirtschaftung und Ressourcensteuerung. Es bedarf einer durchgängigen Attraktivierung des Dienstes im ÖBH. Wir bekennen uns zu unserem Wehrsystem, daher muss auch die Einsatzfähigkeit der Miliz gewährleistet sein. Die Militärkommanden sollen in ihrer Funktionsfähigkeit insbesondere bei Krisen und Katastrophen sowie sicherheitspolizeilichen Assistenzmaßnahmen ausrüstungstechnisch und personell im Sinne des Territorialitätsprinzips gestärkt und ausgestattet werden.

- Stellschraube als erste Visitenkarte des ÖBH aufwerten
- Informationsarbeit zur Wehrpolitik in den öffentlichen Bildungseinrichtungen wieder einführen (Info-Offiziere)
- Erhalt des Militärrealgymnasiums und Ausbildungskooperation mit Polizei
- Förderung der Integration durch Deutschkurse und Staatsbürgerkunde
- Erhalt der Brigadestruktur für die Landstreitkräfte (vier Brigaden bzw. Äquivalente) und Luftstreitkräfte (zwei Brigaden bzw. Äquivalente) und der Kompetenz des ÖBH auch bei schweren Waffen
- Attraktivierung des Grundwehrdienstes



Antrittsrede von Vizekanzler Heinz-Christian Strache bei der 5. Sitzung des Nationalrats



Regierungserklärung von Bundeskanzler Sebastian Kurz bei der 5. Sitzung des Nationalrates

- Qualitätsvolle Grundausbildung sicherstellen, insbesondere durch die Einführung einer Rekrutenschule
- Eine primäre militärische Verwendung der Rekruten ist anzustreben
- Überprüfung der Tauglichkeitsstufen und neue Aufgabenfelder im Lichte einer Wehrgerechtigkeit schaffen
- Erhöhung der Grundvergütung der Grundwehrdiener unter gleichzeitiger Reduktion der Verwaltungskosten (pauschalierte Sätze für Verpflegung, Bekleidung und Fahrtkosten)
- Modernisierung der Einjährig-Freiwilligen-Ausbildung als Grundlage für die Qualifizierung einer weiteren Laufbahn als Unteroffizier bzw. Offizier
- Überprüfung und Evaluierung der Elemente zur Luftraumüberwachung durch eine Expertenkommission unter Einbeziehung der Luftstreitkräfte
- Für jedes Milizbataillon soll es ein präsenten Bataillon geben mit dem Ziel einer ausgewogenen Grundstruktur des ÖBH
- Sicherstellung der Einsatzfähigkeit der Milizbataillone auf nationaler Ebene
- Mitwirkung am nationalen Cyber-Sicherheitszentrum in der Stiftskaserne (Bündelung der NIS-Behörden)

### Österreichs Interessen in der Welt vertreten und zur Friedenserhaltung beitragen

Österreich hat das Interesse, auch international einen Beitrag zur Stabilität, Krisenbewältigung und Friedenserhaltung zu leisten. Vor allem der Westbalkan als unsere Nachbarregion bildet dabei einen langjährigen Schwerpunkt. Nicht zuletzt die Migrations- und Flüchtlings-

krise 2015 hat gezeigt, wie auch Österreich von internationalen Krisenherden betroffen sein kann. Daher möchten wir unseren Beitrag im Interesse Österreichs verstärken, sowohl bei Einsätzen unter UN-Mandat wie auch in ausgewählten Fällen in unserer direkten Nachbarschaft bei Katastrophen oder zum Schutz der EU-Außengrenzen. In diesem Sinne wirken wir nach Maßgabe der strategischen Interessen der Republik im Rahmen der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik sowie bei der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit (PESCO) mit.

- Ermöglichung bilateraler, zeitlich begrenzter Entsendung unter Assistenz (z. B. Katastrophenhilfe oder Schutz der EU-Außengrenzen) bei Wahrung der Neutralität
- Bekenntnis zu Einsätzen unter internationaler Führung bzw. Mandatierung, um Österreichs Rolle in der internationalen Gemeinschaft weiter zu stärken
- Stärkung der Zusammenarbeit bei Assistenzen zwischen den EU-Mitgliedstaaten und FRONTEX mit Blick auf den EU-Außengrenzschutz als Schwerpunkt des österreichischen EU-Ratsvorsitzes 2018
- Berücksichtigung der Ergebnisse der eigenständigen Forschung und Lehre. Darüber hinaus Kooperation bei Ausbildung, Beschaffung, Entwicklung, Betrieb sowie Verteidigungs- und Sicherheitsforschung im Rahmen der EU
- Bekenntnis zu Österreichs Beitrag zur Stabilitätssicherung am Westbalkan
- Aufstockung für Auslandseinsätze entsprechend den strategischen Interessen der Republik unter Einbeziehung der Milizsoldaten



Gemäß entsprechenden Untersuchungen gelten rund 40 bis 50 Prozent des Handels mit Rüstungsgütern als mit Korruption behaftet.

## Getting the most out of the budget

RÜSTUNGSGÜTERBESCHAFFUNGEN MÜSSEN OHNE ZWISCHENHÄNDLER UND GEGENGESCHÄFTE GETÄTIGT WERDEN

Professor Brigadier Dr. habil. Harald Pöcher

Das Österreichische Bundesheer schwamm im Laufe seiner Geschichte niemals in Geldmitteln ähnlich einem Dagobert Duck. Vielmehr musste das Bundesheer mit dem wenigen Geld immer versuchen, „to get the most out of the budget“, damit jeder Cent Steuergeld direkt der Truppe zugute käme. Die Forderung „Getting the most out of the budget“ benötigt eine nähere Erklärung und soll auch der rote Faden durch diesen kurzen Aufsatz sein.

### Eine Einstimmung in die Thematik der besonderen Art

Besondere mediale Bedeutung kommt dem Geschäft mit den Rüstungsgütern in letzter Zeit deswegen zu, weil in der laufenden Legislaturperiode die strafrechtlich relevanten Vorgänge im Zusammenhang mit der Beschaffung des Eurofighter durch die Republik Österreich zu lösen sein werden und das eine oder andere Geschäft in der Vergangenheit mit mysteriösen Todesfällen von Staatsdienern, Lobbyisten oder Firmenvertretern verbunden war. Beispielsweise blieben die Todesfälle Herbert Amry im Jahre 1985 und Carl Algernon im Jahre 1987 bislang ziemlich mysteriös. Der Tod des schwedischen Rüstungskontrollinspektors Algernon wurde nicht aufgeklärt, obwohl zwei Richterinnen reichlich Beweise gegen einen Rüstungskonzern zusammengetragen

hatten und auch zum Tod von Amry bleiben Fragen offen, nachdem er zuvor seinen Presseattaché Ferdinand Hennerbichler gewarnt hatte, dass man sie beide umbringen wolle, weil sie illegale Waffengeschäfte aufgedeckt und an das österreichische Außenministerium gemeldet hatten.

Aus Zeitungsberichten wissen wir, dass die Staatsanwaltschaft in der Causa Eurofighter auch in Österreich Ermittlungen aufgenommen hat. Ein Ergebnis liegt noch nicht vor. All die Schwierigkeiten mit dem Eurofighter wären vermeidbar gewesen, wenn die Republik Österreich nur das Grundgeschäft ausgeschrieben hätte und der Anbieter einen Selbstkostenpreis ohne Einrechnung von Mehrkosten, welche im Zuge der Abwicklung von Gegengeschäften zwangsweise entstehen, anbieten hätte müssen. Der Gewinner wäre neben dem österreichischen Steuerzahler auch das Verteidigungsministerium gewesen, welches für die Flugzeuge einen geringeren Stückpreis zu zahlen gehabt hätte. „Verlierer“ hingegen wären der Lieferant, einige Lobbyisten und sonstige Begünstigte aus eventuellen Schmiergeldzahlungen gewesen.

### Der Rüstungsmarkt: lukrativ, undurchsichtig und korruptionsanfällig

Weltweit werden jährlich Rüstungsgeschäfte im Gegenwert von mehr als 600 Milliarden



#### ZUR PERSON

© BUNDESHEERSTUDIENY  
Professor Brigadier Dr. habil. Harald Pöcher, ist Mitglied der OGB und Leiter der Revisionsabteilung B im BMLVS.

US-Dollar (= etwa das eineinhalbfache Bruttoinlandsprodukt Österreichs) getätigt. Österreich ist in diesem Markt bei einem jährlichen Volumen von nicht einmal 500 Millionen US-Dollar für den Ankauf von Rüstungsgütern ein Kleinnachfrager. Im Rüstungsgeschäft wollen seit jeher, neben den Rüstungsunternehmen als Erzeuger, auch Zwischenhändler, lokale Repräsentanten und auch Lobbyisten kräftig mitschneiden. Des Weiteren gelten Rüstungsgeschäfte seit jeher als korruptionsanfällig. So gelten gemäß einer Untersuchung des renommierten SIPRI rund 40 Prozent des Handels mit Rüstungsgütern als mit Korruption behaftet. Das US-amerikanische Trade Promotion Coordination Committee of US Department of Commerce geht in einer Untersuchung sogar noch weiter und nennt dabei einen Wert von 50 Prozent.

/ Als Gründe für diesen hohen Wert werden unter anderem genannt: der hohe Anteil an Stakeholdern, welche am Prozess des Geschäfts beteiligt sind, und die Geheimhaltungsinteressen der beteiligten Geschäftspartner, welche es der Öffentlichkeit, aber auch den zur Kontrolle des Geschäfts befugten Organisationen erschweren, den gesamten Prozess auf saubere Abwicklung prüfen zu können.

### Stakeholder verteuern immer Rüstungsgeschäfte

Als Stakeholder (Teilhaber) bezeichnet man eine Person oder eine Gruppe von Personen, welche ein berechtigtes Interesse am Verlauf oder Ergebnis eines Prozesses oder Projekts, beispielsweise eines Rüstungsgeschäfts, haben. Stakeholder im Rüstungsgeschäft sind die Rüstungskonzerne, welche im Falle kleinerer Länder, wie Österreich, in der Regel keine eigene Niederlassung betreiben und sich österreichischer Firmen bedienen, welche als Repräsentanten versuchen, das Geschäft anzubahnen und damit zu einem wichtigen Stakeholder werden.

/ Neben den Rüstungsunternehmen und den Repräsentanten bestimmen auch die Lobbyisten den Rüstungsmarkt. Lobbyismus ist eine aus dem Englischen übernommene Bezeichnung (Lobbying) für eine Form der Interessenvertretung in Politik und Gesellschaft. Der Lobbyismus wird in Anlehnung an die „vierte Gewalt“ (Medien) auch als „fünfte Gewalt“ bezeichnet, da die Interessenspolitik ebenso wie die Presse einen Einfluss auf die Staatsgewalt hat. Anders als die institutionalisierten Gewaltenträger unterliegen Interes-

senvertreter jedoch keinen klaren gesetzlichen Regelungen. Mittels Lobbyismus versuchen Interessengruppen (Lobbys), vor allem durch die Pflege persönlicher Verbindungen, die Exekutive und die Legislative zu beeinflussen. Außerdem wirken sie auf die öffentliche Meinung durch Öffentlichkeitsarbeit ein. Dies geschieht vor allem mittels der Massenmedien.

/ Da diese zwischengeschalteten Firmen und die Lobbyisten auch ihren Teil vom Gewinn einfahren wollen, verteuert sich ein Rüstungsgut, sobald ein derartiger Repräsentant oder ein Lobbyist auftritt. Diese Repräsentanten und Lobbyisten sind in der Wahl ihrer Geschäftsbahnungsmethoden äußerst kreativ und zählen zu den häufigen Besuchern in diversen Dienststellen eines Ressorts. Aus der Sicht des Autors sollte es für den eigentlich sehr mächtigen Beschaffer „Republik Österreich“ möglich sein, mit dem Rüstungskonzern direkt ins Gespräch zu kommen und es sollte bei der Beschaffung alles unternommen werden, dass die Gewinnspanne, welche beim Zustandekommen des Geschäfts sonst der Repräsentant einbehält, nicht in die Kalkulation des Preises Eingang findet. Die Ausschaltung der Lobbyisten beim Rüstungsgeschäft hat noch einen zusätzlichen Vorteil, nämlich die Ausschaltung eines Bereichs, welcher bislang als sehr korruptionsgefährdet galt.

### Gegengeschäfte sind unnötig und verteuern zudem jedes Rüstungsgeschäft

Bis vor Kurzem war es gängige Praxis, Rüstungsgeschäfte für die breite Öffentlichkeit durch Gegengeschäfte wirtschaftlich günstiger aussehen zu lassen. Von Wissenschaftlern konnte allerdings nachgewiesen werden, dass eine derartige Geschäftspraxis nur mit Kostennachteilen für den Abnehmer verbunden ist. Da die Gegengeschäfte – international als Offset-Geschäfte bezeichnet – und die Zwischenschaltung von Repräsentanten ein Teil des Gesamtgeschäfts darstellen, werden sie damit zu einem Kostenfaktor des Gesamtgeschäfts. Die Wissenschaftler haben errechnet, dass bei der Abnehmerseite eine Verwaltung und Kontrolle der Offset-Vereinbarung erforderlich wird, dadurch Personal-, Infrastruktur- und sonstige Betriebskosten entstehen und diese, bei einer Laufzeit des Offset-Geschäfts von mehreren Jahren, bis zu zwei Prozent des Gesamtpreises der Beschaffung ausmachen können. Neben dem Abnehmer wird aber auch der Anbieter mit zu-

sätzlichen Kosten konfrontiert, da der Anbieter die Abwicklung der direkten Offsets aus dem Abnehmerland und die Betreuung und Beratung der dortigen Unternehmen zu organisieren hat. Der Anbieter, als glasklarer Geschäftsmann, muss diese Zusatzkosten in seiner Kalkulation des Endpreises für das Rüstungsgut einbeziehen, was unterm Strich zu Mehrkosten von sieben bis zehn Prozent des Grundpreises betragen kann. Diese Mehrkosten hat im Regelfall der Abnehmer zu tragen. Keine konkreten Aussagen machen die Wissenschaftler zu den Kosten für die Bezahlung der Repräsentanten. Inoffiziell spricht man davon, dass Vermittlungshonorare in der Höhe von zehn Prozent des Gesamtpreises keine Seltenheit sind. Da die Vermittlungsprovisionen in den Gesamtpreis einkalkuliert werden, verteuert sich ein Rüstungsgut bei der Zwischenschaltung von Repräsentanten auf jeden Fall für den Abnehmer.

/ In Wortmeldungen ernstzunehmender Experten zu Wirtschaftsfragen kommen diese Offsets nicht gerade gut weg. Beispielsweise bezeichnete der damalige Bundessprecher der Grünen und nunmehrige Bundespräsident und Oberbefehlshaber Univ.-Prof. Dr. Alexander Van der Bellen in seiner Wortmeldung während der Plenarsitzung des Nationalrats am Montag, den 19. August 2002, Gegengeschäfte als „Voodoo-Economics“, welche nie und nimmer funktionieren können. Und ein anderer Abgeordneter, Mag. Werner Kogler, fand anlässlich der Plenarsitzung des Nationalrats am 24. September 2008 ebenfalls klare Worte, als er darauf hinwies, dass irgendwelche Gegengeschäfte nur dann funktionieren, wenn es in Wirklichkeit um ein Schmiergeldschwindelkarussell geht.

/ Aber was macht Offsets offensichtlich so reizvoll, dass sie im Handel mit unterschiedlichsten Gütern eingesetzt werden? Im Zuge von Offsets (Gegengeschäfte) verpflichtet sich der Exporteur in einem Rahmenabkommen zu einer vereinbarten Kompensationsquote den Verkaufspreis an den Importeur zu kompensieren. Gegengeschäfte wurden zu Zeiten, als die Grenzen für den Handel noch relativ dicht waren, zur Überbrückung dieser Handelsschranken genutzt. Heute, bei offenen Grenzen, haben die Gegengeschäfte keine Bedeutung mehr. Dies sieht auch die Europäische Union so, denn in einem Bericht der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat über die Umsetzung der Richtlinie 2009/81/EG zur Auftragsvergabe in den Bereichen Verteidigung und Sicherheit und die Auswirkungen der Richtli-

nie auf die Vorschriften der Mitgliedstaaten über Kompensationsgeschäfte stellte die Kommission am 2. Oktober 2012 fest, dass „in der Vergangenheit 18 Mitgliedstaaten eine Politik der Kompensationsgeschäfte (‘Offsets’) verfolgten, in deren Rahmen bei der Beschaffung von Verteidigungsgütern im Ausland von den ausländischen Lieferanten eine Kompensation verlangt wurde. Öffentliche Auftraggeber in den betreffenden Mitgliedstaaten waren generell verpflichtet, bei Einkäufen oberhalb eines bestimmten Werts eine solche Kompensation zu fordern. Bei diesen Kompensationsregelungen handelt es sich um restriktive Maßnahmen, die den Grundprinzipien des Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) zuwiderlaufen. Wirtschaftsteilnehmer, Waren und Dienstleistungen aus anderen Mitgliedstaaten werden dadurch diskriminiert und der freie Waren- und Dienstleistungsverkehr damit behindert. Durch Kompensationsgeschäfte werden folglich die ordnungsgemäße Anwendung der Richtlinie bedroht und die Schaffung gleicher Wettbewerbsbedingungen in Europa im Bereich der Beschaffung von Verteidigungsausrüstung behindert. Die Kommission steht daher in engem Kontakt mit den betreffenden 18 Mitgliedstaaten und unterstützt sie bei der Abschaffung oder Überarbeitung ihrer Kompensationsvorschriften. Dies hat dazu geführt, dass die meisten dieser Mitgliedstaaten ihre entsprechenden Vorschriften abgeschafft oder ihre Rechtsvorschriften überarbeitet haben.“

### Anstelle einer Zusammenfassung

Der Autor verzichtet bewusst auf eine Zusammenfassung, verweist jedoch auf Univ.-Prof. Dr. Alexander Van der Bellen und empfiehlt im Zusammenhang mit Offset-Geschäften weltweit, Rüstungsgeschäfte ohne Anwendung von Gegengeschäften und Repräsentanten abzuwickeln. Die Gewinner dabei sind die Streitkräfte, weil sie mit dem verfügbaren Geld mehr Ausrüstung bekommen, und auch die Öffentlichkeit, weil sie nicht mehr mit fadenscheinigen Begründungen über die Bedeutung der Gegengeschäfte für ein jeweiliges Rüstungsgeschäft hinter das Licht geführt wird. Des Weiteren kann bei Rüstungsgeschäften ohne Gegengeschäfte und zwischengeschaltete Repräsentanten das Risiko von Korruption beim Rüstungsgeschäft minimiert werden, da die beim Geschäft beteiligten Vertragspartner nicht mehr die Gegengeschäfte und Zahlungen an Repräsentanten als „Schmiergeldverschleierungsmaschine“ nutzen können. ✘

# Luftraumsicherungsoperation „Dädalus 2018“



© BUNDESHEER/ZINNER  
Eurofighter sorgen für Sicherheit in der Luft.



© BUNDESHEER/PUSCH  
Bundesminister Kunasek in der unterirdischen Einsatzzentrale, von der aus die Operation „Dädalus 2018“ geführt wird.

Von 22. bis einschließlich 26. Jänner sicherte das österreichische Bundesheer anlässlich des Weltwirtschaftsforums in Davos (Schweiz) verstärkt den österreichischen Luftraum. Dazu wurde ein Flugbeschränkungsgebiet über Teilen Vorarlbergs und Tirols eingerichtet. Mehr als 1.100 Soldaten schützten die Veranstaltung und die örtliche Bevölkerung.

## Cross-Border-Operation

Dazu zählten unter anderem Patrouillenflüge zur Überwachung, Flüge zur Identifizierung von Luftraumverletzungen, Transporte sowie die Erprobung der Cross-Border-Operation („Nachei-

le“) mit der Schweiz. Diese Verfolgung über die Staatsgrenze wird nun nach der Staatsvertragsunterzeichnung zwischen Österreich und der Schweiz im September 2017 weiter intensiviert und nach Parlamentsbeschluss ihre Gültigkeit erhalten. Möglich sind diese Verfolgungsflüge derzeit durch die gegenseitige Erteilung von Einfluggenehmigungen.

/ Diese Nacheile stellt bei grenznahen Luftraumverletzungen die lückenlose Beobachtung und Begleitung von Luftfahrzeugen sicher, die sich nicht im Einklang mit den internationalen Luftfahrtrichtlinien verhalten. Damit kann eine Beobachtung von Luftfahrzeugen, aber vor allem die frühzeitige Übergabe zwischen den Luftwaffen zweier

Staaten sichergestellt werden. Eine Ausübung von Zwangsmaßnahmen ist nur im eigenen Hoheitsgebiet erlaubt. Die grenzüberschreitende Nacheile gibt es am Boden seit Jahren und ermöglicht der Polizei eine Verfolgung auf das benachbarte Staatsgebiet.

## 22 Luftfahrzeuge

Da Davos nahe der österreichischen Grenze liegt, erging seitens der Schweiz das Ersuchen, den Luftraum in Österreich abzusichern. Insgesamt sorgten 22 Luftfahrzeuge, darunter zwölf Flächenflugzeuge und zehn Hubschrauber, für die Sicherheit der Veranstaltung.

## Minister Kunasek besuchte die „Einsatzzentrale Basisraum“

Während in Vorarlberg und Tirol die Operation „Dädalus 2018“ zum Schutz des Luftraums durchgeführt wurde, besuchte Minister Kunasek die Soldaten in der „Einsatzzentrale Basisraum“ in St. Johann im Pongau in Salzburg. In der Kommandozentrale im Bunker herrschte Hochbetrieb. Minister Kunasek nutzte die Gelegenheit, um sich über die Arbeit zu informieren: „In diesen Tagen ist Sicherheit ein notwendiges und wichtiges Thema. Es freut mich, dass hier so hochprofessionell und konzentriert gearbeitet wird.“ (Quelle: BMLV) ✕

## STAATSVERTRAG FÜR DAS „LUFTPOLIZEIABKOMMEN“ MIT DEM TITEL „NACHEILE“

(unterzeichnet am 28. September 2017 durch Verteidigungsminister Hans Peter Doskozil und seinen Schweizer Amtskollegen, Guy Parmelin, in Salzburg)  
„Nacheile“ bedeutet die Verfolgung eines verdächtigen Luftfahrzeugs über die Staatsgrenze hinaus.

/ Das bisherige Abkommen beschränkte die Zusammenarbeit zwischen der Schweiz und Österreich auf den Austausch von Informationen und Daten. Die Überwachung und Begleitung eines verdächtigen Luftfahrzeugs über die Staatsgrenze hinaus war nicht möglich. Das neue erweiterte Abkommen erlaubt es den österreichischen Piloten, ein Luftfahrzeug über die Schweizer Staatsgrenze hinaus unter anderem zu verfolgen, zu identifizieren und mit diesem in Funkkontakt zu treten. Umgekehrt gelten für die Schweizer Armee dieselben Rechte. Der Einsatz von Waffen im Gebiet des jeweils anderen Staats ist hingegen in jedem Fall ausdrücklich verboten.

/ Das Abkommen ist mit der Neutralität vereinbar: Aufgaben der militärischen Landesverteidigung sowie Befugnisse zum exekutiven Waffengebrauch werden nicht erteilt.

# Verteidigungsminister Mario Kunasek



© BUNDESHEER/LECHNER  
Verteidigungsminister Kunasek mit Oberbefehlshaber und Bundespräsident Van der Bellen

Am 18. Dezember 2017 übernahm Mario Kunasek mit einem feierlichen Festakt im Bundesministerium für Landesverteidigung die Agenden des Verteidigungsministers.

## Verfassungsmäßige Aufgaben voll und ganz erfüllen

Kunasek bedankte sich in seiner Antrittsrede bei seinem Vorgänger Hans Peter Doskozil und sprach über seine Ziele: „Es ist wichtig, dass das Bundesheer seine verfassungsmäßigen Aufgaben voll und ganz erfüllen kann. Dabei ist besonderes Augenmerk auf hybride Bedrohungen zu legen. Das Bundesheer wird auch weiterhin in enger Abstimmung mit dem Innenministerium die Polizei an den österreichischen Grenzen unterstützen.“

## Miliz und Auslandseinsätze

Besonders wichtig sind dem neuen Verteidigungsminister außerdem die Themen Miliz und Auslandseinsätze: „Die Miliz ist das Herz der Landesverteidigung. Um ihre militärischen Auf-

gaben wahrnehmen zu können, muss sie auch ausreichend ausgestattet sein. Die Auslandseinsätze im Rahmen internationaler Organisationen werden in bewährter Weise weitergeführt.“ Kunasek lud alle Soldaten und die Mitarbeiter des Ressorts ein, mit ihm gemeinsam die Zukunft des Bundesheers zu gestalten.

## Unteroffizier und Landesverteidigungsausschuss-Vorsitzender

Der gebürtige Steirer Mario Kunasek (41) löst Hans Peter Doskozil ab, der das Verteidigungsministerium von Jänner 2016 an führte. Nach seinem Grundwehrdienst beim Jägerregiment 10 in St. Michael schlug er die Unteroffizierslaufbahn ein. Unter anderem war Kunasek von 2008 bis 2015 Nationalratsabgeordneter sowie von 2013 bis 2015 Vorsitzender des Landesverteidigungsausschusses. Zuletzt hatte er die Position des Landesparteiobmanns der FPÖ Steiermark inne und war Abgeordneter zum Steiermärkischen Landtag sowie Klubobmann. (Quelle: BMLV) ✕



© BUNDESHEER  
**VERTEIDIGUNGS-MINISTER MARIO KUNASEK**, geboren am 29. Juni 1976 in Graz

## Politische und berufliche Tätigkeiten

- Seit 18. 12. 2017: Bundesminister für Landesverteidigung
- 2015–2017: Abgeordneter zum Steiermärkischen Landtag & Klubobmann
- seit 2015: Landesparteiobmann der FPÖ Steiermark
- seit 2015: Vizebürgermeister der Marktgemeinde Gössendorf
- 2013–2015: Vorsitzender des Landesverteidigungsausschusses
- 2008–2015: Abgeordneter zum Nationalrat
- 2010–2013: Bundesvorsitzender-Stellvertreter der Aktionsgemeinschaft Unabhängiger und Freiheitlicher (AUF)
- seit 2010: Gemeindevorstand der Marktgemeinde Gössendorf
- seit 2007: Bezirksparteiobmann der FPÖ Graz-Umgebung
- seit 2005: Ortsparteiobmann der FPÖ Gössendorf
- seit 2005: Stabsunteroffizier
- 2004–2014: Personalvertreter der AUF-AFH (Aktionsgemeinschaft Unabhängiger und Freiheitlicher – Arbeitsgemeinschaft der Freiheitlichen Heeresangehörigen) beim Österreichischen Bundesheer, Steiermark
- 1997–2005: Unteroffizier
- 1996: Eintritt als Zeitsoldat in das Österreichische Bundesheer

## Grundwehrdienst

1995–1996: Grundwehrdienst beim Jägerregiment 10 in St. Michael

## Ausbildung

- 1991–1995: Berufsschule Graz (erlernter Beruf: KFZ-Techniker)
- 1990–1991: Höhere Technische Lehranstalt Graz
- 1986–1990: Bundesrealgymnasium Graz Pestalozzistraße
- 1982–1986: Volksschule Vasoldsberg

# Generalsekretär im Verteidigungsministerium

Seit 8. Jänner 2018 sind in allen Bundesministerien Generalsekretäre eingesetzt. Verteidigungsminister Mario Kunasek bestellte Wolfgang Baumann zum Generalsekretär im Verteidigungsministerium.

## Der Generalsekretär

Der Generalsekretär ist der unmittelbare Vorgesetzte aller Sektionsleiter im Bundesministerium für Landesverteidigung sowie Vorgesetzter aller dem Ministerium nachgeordneten Dienststellen.

Während der Bundesminister die politische Verantwortung für das Ressort wahrnimmt, stellt der Generalsekretär sicher, dass die Vorgaben des Bundesministers effizient und fachlich richtig umgesetzt werden. Er übt die Koordinationsfunktion für die Sektionen aus. Das Weisungsrecht gibt ihm die Möglichkeit, diese Aufgabe unmittelbar wahrzunehmen. Der Generalsekretär ist ein Beamter des Verteidigungsministeriums mit der entsprechenden Fachausbildung. Er genießt das besondere Vertrauen des Ministers.

## Wolfgang Baumann

Wolfgang Baumann wurde 1966 in Wien geboren. Nach der Ausbildung zum



Dr. Wolfgang Baumann ist Generalsekretär im Verteidigungsministerium.

studierte er an der Universität Wien Politikwissenschaften und Geschichte/Sociologie. Seine Studien schloss er 2007 mit der Promotion zum Dr. phil. ab.

Von 2000 bis 2003 war er außenpolitischer Berater des Bundesministers für Landesverteidigung und leitete dabei auch erfolgreich eine Verhandlungsmission im Nahen Osten. Ab 2003 war er in leitenden Verwendungen beim Heeresnachrichtenamt tätig, zuletzt als Sicherheitspolitischer Berater.

Wolfgang Baumann ist Oberst des höheren militärfachlichen Dienstes. Über internationale Erfahrung verfügt er u. a. durch die Teilnahme am Senior Course des NATO Defense College in Rom, beim israelischen National Security Program und beim EU-Studienlehrgang am Centre des hautes études de l'Armement in Paris. Er ist Gutachter für sicherheitspolitische Forschung und Lektor an der Fachhochschule Wien. Für seine Leistungen wurde er mit dem Goldenen Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik Österreich ausgezeichnet. (Quelle: BMLV) ✕

Panzerpionier an der Theresianischen Militärakademie war er beim Österreichischen Bundesheer in verschiedenen Führungs- und Stabsverwendungen eingesetzt. Im Kommando für Internationale Einsätze war er Ausbildungsleiter für die Kontingentsausbildung.

Im Verteidigungsministerium leitete er das Referat für die Rekruten- und Chargenausbildung. Neben dem Beruf

### BUNDESMINISTERIENGESETZ 1986 - BMG (NEUE FASSUNG) BUNDESGESETZ ÜBER DIE ZAHL, DEN WIRKUNGSBEREICH UND DIE EINRICHTUNG DER BUNDESMINISTERIEN

§1. (1) Bundesministerien im Sinne des Art. 77 B-VG sind:  
9. das Bundesministerium für Landesverteidigung

§7. (11) Der Bundesminister kann unbeschadet seiner bundesverfassungsrechtlich geregelten Verantwortlichkeit und unbeschadet der ihm bundesverfassungsgesetzlich vorbehaltenen Geschäfte mit der zusammenfassenden Behandlung aller zum Wirkungsbereich des Bundesministeriums gehörenden Geschäfte einen Generalsekretär betrauen. Der Generalsekretär ist unbeschadet seiner allfälligen sonstigen Funktionen der unmittelbare Vorgesetzte aller Sektionsleiter im Bundesministerium sowie Vorgesetzter aller dem Bundesministerium nachgeordneter Dienststellen.

§9. (2) Vertragsbedienstete, die mit der Leitung eines Generalsekretariats, einer Sektion oder einer Botschaft betraut sind, sind auf Dienstverhältnis aufzunehmen.

### BUNDESMINISTERIENGESETZ 1986 - BMG (ALTE FASSUNG) BUNDESGESETZ ÜBER DIE ZAHL, DEN WIRKUNGSBEREICH UND DIE EINRICHTUNG DER BUNDESMINISTERIEN

§1. (1) Bundesministerien im Sinne des Art. 77 B-VG sind:  
10. das Bundesministerium für Landesverteidigung und Sport

§7. (11) Der Bundesminister kann mit der zusammenfassenden Behandlung aller zum Wirkungsbereich des Bundesministeriums gehörenden Geschäfte einen Generalsekretär betrauen.

§9. (2) Vertragsbedienstete, die mit der Leitung einer Sektion oder einer Botschaft betraut sind, sind auf Dienstverhältnis aufzunehmen.



Verteidigungsminister Kunasek und Generalsekretär Baumann



## Sicher. Und morgen? – Die Sicherheitspolitische Jahresvorschau 2018

Bereits zum vierten Mal in Folge veröffentlicht die Direktion für Sicherheitspolitik des Verteidigungsministeriums eine Sicherheitspolitische Jahresvorschau. Die Jahresvorschau 2018 gibt einen Überblick über die für Österreich und Europa sicherheitsrelevanten Entwicklungen, Risiken und Konflikte im Jahr 2018 sowie mögliche Antworten darauf.

### Wichtige Entwicklungen im kommenden Jahr

Die Direktion für Sicherheitspolitik hat internationale und österreichische Experten eingeladen, die für Österreich und Europa im Jahr 2018 sicherheitsrelevanten Entwicklungen zu analysieren. Daneben wurden die Ergebnisse eines laufenden Monitorings wichtiger Faktoren in einem Trendszenario für die österreichische Verteidigungspolitik verdichtet.

### Trendszenario 2018

Die eurostrategische Entwicklung, die nach wie vor stagnierende europäische Integrationsdynamik, die Krisen und Konflikte an der europäischen Peripherie, Terrorismus, Migration und vor allem hybride Bedrohungen stellen die österreichische Sicherheitsvorsorge vor neue Aufgaben:

- Weiterentwicklung der gesamtstaatlichen Sicherheitsvorsorge
- Anpassung der Umfassenden Landesverteidigung
- Erneuerung der geistigen Landesverteidigung und der strategischen Kommunikation
- Ausrichten des Österreichischen Bundesheers auf die Abwehr hybrider Bedrohungen, den Bevölkerungsschutz und die strategische Handlungsreserve der Republik
- Erweiterung der Sicherheitsleistungen des Bundesheers im Inneren
- Weiterentwicklung des internationalen Engagements mit neuen Prioritäten
- Angemessene Mitwirkung an der sich verstärkenden europäischen Verteidigungskooperation „PESCO“
- Schrittweise Erhöhung des Verteidigungsetats auf ein Prozent des Bruttoinlandprodukts

Die Direktion für Sicherheitspolitik wendet sich mit ihrer Jahresvorschau direkt an politische und militärische Entscheidungsträger, Diplomaten und Fachleute sowie an Journalisten und die interessierte Öffentlichkeit. Mit der Sicherheitspolitischen Jahresvorschau 2018 soll ein Beitrag zur Weiterentwicklung des sicherheitspolitischen Bewusstseins und zu einer tieferen Einsicht in die Notwendigkeiten militärischer und um-

### AUS DEM VORWORT:

Die Direktion für Sicherheitspolitik im Bundesministerium für Landesverteidigung und Sport hat internationale und österreichische Experten eingeladen, die für Österreich und Europa im Jahr 2018 sicherheitsrelevanten Entwicklungen zu analysieren.

Daneben wurden die Ergebnisse eines laufenden Monitorings wichtiger Faktoren in einem Trendszenario für die österreichische Verteidigungspolitik 2018 verdichtet.

Die eurostrategische Entwicklung, die nach wie vor stagnierende europäische Integrationsdynamik, die Krisen und Konflikte an der europäischen Peripherie, Terrorismus, Migration und vor allem hybride Bedrohungen stellen die österreichische Sicherheitsvorsorge vor neue Aufgaben:

- Weiterentwicklung der gesamtstaatlichen Sicherheitsvorsorge, Anpassung der Umfassenden Landesverteidigung, Erneuerung der geistigen Landesverteidigung und der strategischen Kommunikation, Ausrichtung des Österreichischen Bundesheeres auf die Abwehr hybrider Bedrohungen, den Bevölkerungsschutz und die strategische Handlungsreserve der Republik, Erweiterung der Sicherheitsleistungen des Österreichischen Bundesheeres im Inneren, Weiterentwicklung des internationalen Engagements mit neuer Prioritätensetzung, Angemessene Mitwirkung an der sich verstärkenden europäischen Verteidigungskooperation (PESCO), Schrittweise Erhöhung des Verteidigungsetats auf ein Prozent des BIP

fassender Sicherheitsvorsorge geleistet werden. (Quelle: BMLV; ÖÖG) ✕

# EU Battlegroup 2018-1

Die Europäische Union entschloss sich 2005 zur Aufstellung eines gemeinsamen Einsatzverbands, der ständig präsent ist und halbjährlich neu aufgestellt wird. Diese schnell verfügbare Eingreifkraft bezeichnet man als EU Battlegroup. Sie besteht aus bis zu 2.500 Soldaten mehrerer Mitgliedstaaten. Im Ernstfall ist eine EU Battlegroup innerhalb von fünf Tagen einsatzbereit und kann bis zu 30 Tage autark in einem Einsatzgebiet handeln.

## 520 Soldaten

Das Bundesheer unterstützt seit 1. Jänner mit 520 Soldaten die EU Battlegroup des ersten Halbjahrs 2018. Den Großteil der österreichischen Kräfte stellen das Panzergrenadierbataillon 13 aus Ried im Innkreis und das Panzergrenadierbataillon 35 aus Großmühl. Beide Bataillone gehören zur 4. Panzergrenadierbrigade. Die Besonderheit dabei ist, dass erstmals auch 20 Schützenpanzer Ulan für die EU bereitgehalten werden.

## Gemeinsame Übungen

Nach gemeinsamen Trainings und Übungen stehen diese Soldaten von 1. Jänner bis 30. Juni 2018 in Bereitschaft, um auf Beschluss des Rats der Europäischen Union eingesetzt zu werden. Auf nationaler Ebene sind ein Beschluss im Ministerrat und die Zustimmung des Hauptausschusses des Nationalrats vor einer tatsächlichen Entsendung

notwendig. Aufgabengebiete einer EU-Battlegroup sind:

- humanitäre Aufgaben
- Rettungseinsätze
- friedenserhaltende Aufgaben
- u. U. Kampfeinsätze bei der Krisenbewältigung einschließlich friedensschaffender Maßnahmen und Terrorismusbekämpfung

## Österreichische Soldaten stehen für Europa bereit

Das Panzergrenadierbataillon 13 aus Ried im Innkreis und das Panzergrenadierbataillon 35 aus Großmühl stellen jeweils eine mechanisierte Infanterie-

kompanie, die mit den Schützenpanzern ausgerüstet sind. Die Versorgung und nationale Führung aller österreichischen Truppen im Einsatzraum stellt ebenfalls das Panzergrenadierbataillon 13 mit einem Bataillonskommando und einer verstärkten Stabskompanie sicher.

Die Einsatzvorbereitung wurde 2017 auch im Rahmen multinationaler Übungen in den Niederlanden und in Deutschland abgeschlossen. Im Rahmen der internationalen Zertifizierungsübungen erlangten alle beteiligten Kräfte, darunter auch die Österreicher, den Status „combat ready“. (Quelle: BMLV) ✕



Erstmals stehen auch Ulan-Schützenpanzer zur Verfügung.



Combat ready: Die österreichischen Soldaten der EU-Battlegroup.



„Crowd and Riot Control“: Auch für Ordnungseinsätze stehen die Soldaten bereit.

# Die Digitalisierung des Gefechtsfelds – Chancen und Herausforderungen

Die Digitalisierung der Streitkräfte schreitet weltweit voran und insbesondere die Führungsfähigkeit der Landstreitkräfte ist aktuell eine der großen Herausforderungen: Zum einen wird das von den Streitkräften geforderte Fähigkeitsprofil stetig breiter und komplexer, zum anderen haben sich jedoch die Führungsverfahren und -mittel in den letzten Jahrzehnten nur wenig verändert. Während die Fortschritte der Digitalisierung im stationären Bereich bereits deutlich sichtbar sind, findet man diese nur selten auf der mobilen taktischen Ebene. Gründe hierfür liegen oftmals in den widrigen Bedingungen für den Einsatz von IT-Systemen sowie der nur begrenzt verfügbaren Bandbreite für die Datenkommunikation. Breitbandige Kommunikationsmittel sind auf den kommerziellen Märkten zwar generell verfügbar, für militärische Anwendungen fehlt jedoch häufig noch die Einsatzreife.

Battle-Management-Systeme stellen einen wesentlichen Beitrag der Digitalisierung des Gefechtsfelds dar. Sie unterstützen die Kommandanten auf der unteren taktischen Ebene im mobilen und abgesehenen Einsatz in ihren Entscheidungsprozessen – und das auch unter schwierigen Bedingungen. Dabei haben sie nicht den Anspruch, den kompletten Führungsprozess abzudecken, sondern beschränken sich auf die we-



Auch im abgesehenen Einsatz stellen Android-Applikationen ein gemeinsames digitales Lagebild bereit.

sentlichen Funktionalitäten, die im Gefecht und im Einsatz benötigt werden. Im Einzelnen sind das die Darstellung der Eigenposition mit Orientierungshilfen auf digitalen Karten, Friendly Force Tracking, Lageführung und -darstellung, Operationsplanung, Marschplanung, Befehlsgebung, Meldungs austausch und Chat sowie Unterstützung bei logistischen Aufgaben. Spezifische Funktionalitäten, die nur von bestimmten Truppengattungen oder Experten benötigt werden, sind entweder als Module im Battle Management System oder als Functional Area Service abgebildet.

Battle Management Systeme existieren bereits seit ca. 15 Jahren und Projekte, welche die Entwicklung und Einführung solcher Systeme zum Ziel haben, werden aktuell weltweit vorangetrieben. Nicht immer verlaufen diese erfolgreich und viele Nationen scheitern an der technischen Komplexität. Übergreifend kann man dabei feststellen, dass sowohl die Herausforderungen im Bereich der taktischen Datenkommunikation sowie die Intraoperabilität mit nationalen IT-Systemen als auch die Interoperabilität im multinationalen Einsatz häufig die größten Hürden darstellen. Die damit verbundenen zeit- und kostenintensiven Entwicklungen können kaum durch eine einzelne Nation allein umgesetzt werden.

Das dänische Softwareunternehmen Systematic hat diese Herausforderungen bereits früh identifiziert und Commercial-off-the-shelf-Applikationen (COTS) entwickelt, welche die C4I-Software-Suite SitaWare um Applikationen für den mobilen und abgesehenen Einsatz ergänzen. Die Entwicklung orientierte sich dabei nicht an den Forderungen einer einzelnen Nation, sondern hatte immer zum Ziel, ein modulares und skalierbares Softwareprodukt zu erschaffen, welches mit minimalen Risiken und geringem Aufwand für den nationalen Einsatz adaptiert und bedarfsgerecht integriert werden kann. Mittlerweile nutzen 26 Nationen die Produkte der SitaWare-Suite, darunter neben vielen europäischen Nationen auch die US Army, wobei die wachsende User Community eine hohe Produktreife bei einer unerreichbaren Kosteneffizienz garantiert. Neue Standards der NATO werden im Rahmen der kontinuierlichen Weiterentwicklung implementiert.

Zusammenfassend bieten integrierte Battle-Management-Systeme einen erheblichen Mehrwert – sie tragen maßgeblich zur Informationsüberlegenheit bei und ermöglichen die reibungslose Zusammenarbeit in nationalen sowie multinationalen Operationen. (Red.) ✕



Battle-Management-Systeme unterstützen Kommandanten auf der mobilen taktischen Ebene.

# Ball der Offiziere 2018



84 Paare bildeten das international zusammengesetzte Jungdamen- und Jungherrenkomitee.



Verteidigungsminister Mario Kunasek bei seiner Eröffnungsrede

Über 3.200 Besucher, darunter rund 1.200 internationale Gäste aus mehr als 23 Nationen, gaben sich auf dem 92. Ball der Offiziere in der festlich geschmückten Wiener Hofburg die Ehre. Unterschiedlichste Uniformen, farbenfrohe Ballroben und prachtvoller Blumenschmuck ließen die 23 Festsäle im Jahr des 100. Gründungstages der Republik erstrahlen.

## Res Publica – bewegte hundert Jahre

Der Ball stand unter dem Motto „Res Publica – bewegte hundert Jahre“. Farbenfroh auch die Eröffnung: Musik in Bewegung in Form eines Military-Tatoos, ein beinahe akrobatisches Solo einer Schlagwerkgruppe – beides dargeboten durch die Gardemusik – sowie eine Gesangseinlage von der Opernsängerin Anna Ryan begeisterten die Zuschauer.

Mit dem Eröffnungstanz „Wo unsere Fahne weht“ und dem Eröffnungswalzer „Lieb und Lust“ erfolgte der Startschuss in eine beschwingte Ballnacht. Acht Paare der Armee der Schweizer Eidgenossenschaft unterstützten die 84 Paare des international zusammengesetzten Jungdamen- und Jungherrenkomitees.

## Musikalische Rundreise durch Österreich

Mit einem musikalischen Streifzug durch alle Bundesländer mit der Vereinigten Österreichischen Militärmusik (zusammengesetzt aus Musikern von acht Militärmusiken) und verschiedener

Tanz-, Musik- und Gesangsgruppen wurde eine Mitternachtsshow der besonderen Art geboten. Moderator Alfons Haider begleitete die Ballgäste durch die musikalische Rundreise durch Österreich. Die obligate Publikumsquadrille rundete auch heuer diese Mitternachtseinlage ab.

## Zapfenstreich

Mit dem Ausklingen des Hornsignals Zapfenstreich, durch den Solotrompeter der Gardemusik geblasen, war der Ball der Offiziere 2018 Legende. (BMLV;Red.)



Rauschende Ballnacht

# Gedanken über die Menschenführung

OBERST I. R. KURT GÄRTNER

Die Digitalisierung unserer Lebenswelt stellt auch die Unternehmen und das Militär vor neue Herausforderungen. Über Erfolg oder Misserfolg entscheidet aber noch immer der Mensch.

Führung ist richtungsweisendes Einwirken auf das Verhalten von Menschen zum Erreichen eines Ziels. Vertrauen ist eine wichtige Voraussetzung für erfolgreiches Führen, besonders in schwierigen Lagen und unter schweren körperlichen und seelischen Belastungen.

## Führung im digitalen Umfeld

In den Unternehmen verändert sich zurzeit aufgrund der sogenannten digitalen Transformation sehr viel, doch eines nicht: der Mensch als Mitarbeiter. Führungskräfte müssen sich als Beziehungsmanager verstehen. Außerdem als emotionale Leader, deren Aufgabe es ist, ihre Mitarbeiter zu inspirieren,

sodass diese sich freiwillig für das Erreichen der gemeinsamen Ziele engagieren.

Noch vor wenigen Jahren reichte Führungskräften die Führungskompetenz. Diese reicht heute nicht mehr aus. In Zeiten der Digitalisierung braucht es ebenso Medienkompetenz, also das Wissen über die verfügbaren technischen Mittel, um diese für die Zielerreichung effektiv einzusetzen. Militärische Kommandanten müssen die digitalen Führungs- und Kommunikationsmittel beherrschen, um im täglichen Dienstbetrieb und Einsatz zu bestehen. Trotz aller hochentwickelten technischen Mittel bleibt der Mensch der Träger des Kampfs.

## Gute und schlechte Führung

Als schlecht gelten: keine Entscheidungen zu treffen, Unberechenbarkeit, Intransparenz, unklare Kommunikation, zu viel Kontrolle, aber auch Konfliktscheue, Beratungsresistenz und

das Nicht-Zuhören. Für gut befunden werden dagegen: Authentizität, Delegieren, Konsequenz, Verlässlichkeit, Motivation und Förderung von Mitarbeitern, Teamgeist zu wecken, aber auch Feedback zu geben, faire und klare Kritik zu äußern und Veränderungen als Chance zu betrachten.

Wenn der Chef zwar nett und freundlich ist, aber nicht sagt, wie es geht oder was zu machen ist, oder zu enge Vorgaben anordnet, wird das negativ wahrgenommen. Der Kontrolleur als Chef, der sich im Mikromanagement verliert, zeigt auch, dass er seinen Mitarbeitern nicht vertraut.

Es ist eine schwierige Aufgabe, mit den Schwächen der Mitarbeiter umzugehen. Wenn die Bereitschaft zur Veränderung nicht da ist, ist jeder Versuch Zeitverschwendung, deshalb ist die Motivation notwendig. Fördern Sie die Stärken Ihrer Mitarbeiter, so verbessert sich die Motivation und wahrscheinlich werden auch die Schwächen

weniger. Lob und Anerkennung sind wichtige andragogische Mittel zur Leistungssteigerung.

/ Richtiges Führungsverhalten hängt auch von der Situation ab:

- kooperativ im normalen Dienstbetrieb,
- autoritär in Krisenzeiten und unter Zeitdruck,
- laissez faire bei Kreativitätsanforderungen.

**Auftragstaktik:** Der Auftrag ist im Rahmen der Befehlsgebung eine Anordnung mit der Freiheit in der Durchführung zum Erreichen eines Ziels. Das Führen mit Auftrag setzt ein hohes Maß an Übereinstimmung im Denken und Handeln aller Mitwirkenden voraus.

### Entscheidender Unterschied

Es kristallisiert sich ein entscheidender Unterschied zwischen Unternehmen und Militär heraus. Bei der Führung im Einsatz trägt der Kommandant sei-



#### ZUR PERSON

**Oberst iR Kurt Gärtner**, geb. 1943, absolvierte die Theresianische Militärakademie mit Waffengattung Fliegerabwehr. Nach Truppenpraxis und weiteren Ausbildungslehrgängen führte er sechs Jahre das Fliegerabwehrbataillon 13. Letzte Verwendung: S4 im FIR 3. Erfolgreicher Abschluss der Fernkurse Conflict Analysis und Conflict Management am US Institute of Peace und Inter-American Defense College.



Befehlsausgabe an der Lagekarte

nen Soldaten gegenüber eine ganz besonders hohe Verantwortung. Die Forderung an die Soldaten, ihr Leben einzusetzen, und die Pflicht des Kommandanten, dies von sich und anderen zu verlangen, geben der Menschenführung im Einsatz ein außerordentliches Gewicht. Bewaffnete Auseinandersetzungen stellen die höchsten Anforderungen an die seelischen, moralischen, geistigen und körperlichen Kräfte des Soldaten. Militärische Vorgesetzte haben auch eine große Verantwortung für die Gesundheit der unterstellten Soldaten. Sie haben sich ihren Untergebenen gegenüber stets gerecht, fürsorglich und rücksichtsvoll zu verhalten und alles zu unterlassen, was ihre Menschenwürde verletzen könnte. Auch Rekruten sind grundsätzlich als Mitarbeiter zu behandeln.

/ Sowohl für das Militär als auch für ein Unternehmen gilt: Es geht um Menschen, um den Umgang mit Mitarbeitern und letztlich darum, gemeinsam im Team die vorgegebenen Ziele zu erreichen. Jeder im Team muss seine Aufgabe beherrschen (Förderung der Individualleistung) und der Vorgesetzte muss aus den Einzelfähigkeiten seiner Leute ein Team bilden (Förderung der Teamleistung).

/ Ein gutes Team hat folgende Eigenschaften:

- Vorbild und Beispiel des Vorgesetzten;
- positiv-optimistischer Teamgeist (Identität, Vision);
- Wertschätzung der Mitarbeiter;

- Beziehungsebene stimmt (gegenseitiges Vertrauen);
- Disziplin;
- individuelle Stärken der Mitarbeiter werden berücksichtigt.

Die individuellen Stärken sind einer der Grundpfeiler von erfolgreichen Teams.

### Führung heißt dienen

Dienen in einer Führungsrolle heißt nicht, anderen zu gehorchen, sondern das zu tun, was nach eigenem Urteil für die Gemeinschaft am besten ist. Demut, Souveränität und innere Ruhe sind manchen Führungskräften heutzutage offensichtlich abhandengekommen.

/ Eine Führungskraft muss sich mit jedem einzelnen Mitarbeiter befassen, ihm richtig zuhören und auf ihn eingehen. Sie koordiniert, strukturiert, ordnet und schafft – so weit wie möglich – eine Wohlfühlatmosphäre als Voraussetzung für kreatives und engagiertes Arbeiten.

/ Ein gutes Arbeitsklima kommt dem Unternehmen und den Mitarbeitern zugute. Denn es ist u. a. Voraussetzung für motivierte Mitarbeiter, Leistungsbereitschaft und letztendlich auch ein nicht zu unterschätzender Einflussfaktor für den Unternehmenserfolg.

### Delegieren und Zielvereinbarungen

Wer delegiert, überlässt einem anderen die Ausführung einer Aufgabe. Der Mitarbeiter muss vollständig über die Sachlage informiert sein und das Ziel kennen. Diese Methode ähnelt dem



Komplexe Einsätze stellen hohe Anforderungen an militärische Führungskräfte.

militärischen Führen mit Auftrag. Delegieren bedeutet für die Führungskraft:

- Entlastung von Einzelheiten der Aufgabe,
  - scheinbarer Machtverlust, da nun der Mitarbeiter die Aufgabe wahrnimmt.
- Delegieren bedeutet für den Mitarbeiter:
- Stärkung seiner Eigenverantwortung,
  - gesteigerte Motivation, die Aufgabe in Eigenverantwortung erledigen zu dürfen.

Die Zielvereinbarung ist ein Erfordernis für das Delegieren und gilt als modernes Element der Menschenführung. Das Ziel wird nicht einseitig von oben festgelegt, sondern gemeinschaftlich erläutert. Der Weg zur Zielerreichung wird größtenteils vom Mitarbeiter bestimmt. Die Gesamtverantwortung trägt aber weiterhin der Vorgesetzte. Er übt auch die Kontrolle aus.

### Führung ist ein Prozess

Der Führungsprozess ist die zweckgerichtete Verhaltensbeeinflussung (direkt oder indirekt) des Mitarbeiters durch den Vorgesetzten. Er beinhaltet die Willensbildung (einschließlich Zielsetzung), Willensdurchsetzung und Erfolgskontrolle.

/ Es geht auch um Gruppendynamische Prozesse, um das Ich in der Gruppe und die Beziehung zu den Kameraden und zum Vorgesetzten. Ebenso ist die gegenseitige Motivation und Stärkung der Eigenverantwortung eines jeden Mitarbeiters für seinen Verantwortungsbereich wesentlich. Erfolgreiche Teamarbeit bedeutet, auf höchstem Ni-

veau zusammenzuarbeiten. Der Erfolg des Teams liegt in der Bewältigung der Aufgaben im Team als Ganzes und in der individuellen Entwicklung der Einzelnen.

/ Ohne Bewährtes aufzugeben, berücksichtigt modernes Führungsdenken auch neue Entwicklungen in der Menschenführung und bei Maschinen (Waffensystemen) sowie die veränderten Bedingungen durch die Digitalisierung. Als zeitlos und allgemein gültig werden folgende Grundwerte erachtet:

- Menschenwürde,
- demokratische Grundordnung,
- Rechtsstaat.

Erziehung und Ausbildung müssen neben der Förderung individueller Fähigkeiten den Willen und die Bereitschaft stärken, sich als Individuum in Gruppen einzufügen und verlässlich mit anderen zusammenzuarbeiten. Dabei spielt die Disziplin eine wichtige Rolle. Das militärische taktische Führungsverfahren beinhaltet die Phasen: Lagefeststellung, Beurteilung der Lage mit Entschlussfassung, Plan der Durchführung, Befehlsgebung und Kontrolle.

### Militärische Führungsausbildung – zivile Vorteile

Wer als Kadersoldat eine Führungsausbildung im Bundesheer absolvierte, hat auch als zivile Führungskraft große Vorteile. Militärische Vorgesetzte haben gelernt, Aufgaben systematisch und logisch auch unter Zeitdruck zu lösen. Sie erfassen zuerst die Aufgabe und das Problem, überlegen sich, was

getan werden muss und wie der Lösungsprozess ablaufen soll.

/ Nach einer Beurteilung der Lage, unter Einbeziehung verschiedener Faktoren, erwägen militärische Führungskräfte die Möglichkeiten. Diese Varianten können mit Fachleuten und Mitarbeitern besprochen werden. Das garantiert nicht nur die hohe Qualität der Lösung, sondern schafft zugleich Unterstützung und Verständnis für die spätere Umsetzung. Die Entscheidung für die günstigste Handlungsmöglichkeit (Entschluss) fällt sie aufgrund transparenter Kriterien.

/ Auch bei schwierigen Entscheidungen informieren militärisch ausgebildete Vorgesetzte ihre Mitarbeiter persönlich über die Situation. Sie erläutern die Herausforderungen und machen klar, was von jedem Mitarbeiter erwartet wird. Jeder einzelne Mitarbeiter versteht seinen individuellen Beitrag zum Ganzen und warum er gebraucht wird. Bei der Umsetzung des Entschlusses gehen militärische Vorgesetzte auch als zivile Chefs als Vorbild voran. Sie sind für die Mitarbeiter verfügbar, loben erreichte Ergebnisse und helfen, wenn Probleme auftauchen. In gemeinsamen Besprechungen werden die einzelnen Fortschritte bekanntgegeben und die weitere Vorgangsweise koordiniert.

/ Weil die Vorgesetzten sich um ihre Mitarbeiter kümmern, kümmern sich die Mitarbeiter auch um die Firma. Sie sind engagiert, bringen ihre Ideen ein und tragen so zum gemeinsamen Erfolg bei. Eine vergleichbare Führungsausbildung wie im Bundesheer, die das Kaderpersonal in den Bereichen Menschenführung, systematische Problemlösung und Krisenmanagement ausbildet, gibt es nur in wenigen zivilen Organisationen.

/ Unternehmen, die Angehörige der Miliz beschäftigen, werden Partner des Bundesheers und können mit dem Miliz-Gütesiegel ausgezeichnet werden. ✕

# Winter Survival 2018: Österreichische Soldaten gewinnen internationalen Wettkampf



Tag 1: Start zur ersten Herausforderung – Marsch auf Skiern mit anschließender Abfahrt

Organisiert von der Verteidigungsuniversität in Brunn (Univerzita obrany Brno) fand von 28. Jänner bis 1. Februar der internationale Vergleichswettkampf für Soldaten Winter Survival in Hrubý Jeseník (Altvatergebirge) in der Tschechischen Republik statt.

## Über 20 Wettkampf-Teams

Am diesjährigen Wettkampf in den Bergen von Jeseník beteiligten sich insgesamt 22 Teams. Darunter 15 Teams der tschechischen Armee, ein Team der tschechischen Polizei und sechs ausländische Teams aus Belgien, Deutschland, Polen, der Slowakei, der Ukraine und aus Österreich. Die Teams

bestehen aus insgesamt drei Soldaten, welche an vier Wettkampftagen verschiedene militärische Aufgaben zu bewältigen haben.

## Sieg für Österreich

Die österreichische Mannschaft wurde dieses Mal vom Jägerbataillon 26 aus Spittal a. d. Drau gestellt. Oberleutnant Peter Lamprecht, Wachtmeister Daniel Buchacher und Wachtmeister David Suntinger vertraten die österreichischen Streitkräfte und konnten mit beachtlichem Abstand den Sieg bei diesem prestigeträchtigen Vergleichswettkampf erringen.

Über den Wettkampf: Trotz der hervorragenden Organisation des Wettkampfs waren die Rahmenbedingungen während des Bewerbs aufgrund der Witterungseinflüsse der vorhergehenden Tage mehr als schwierig. In den höher gelegenen Regionen des Altvatergebirges herrschten winterliche Verhältnisse und in den tieferen Lagen fand man beinahe „sommerliche“ Bedingungen vor.

Die Folge war, dass man teilweise mit der winterlichen Ausrüstung den Wettkampf in den tiefen Lagen bestreiten musste. So musste die Gesamtmarschleistung von 100 Kilometern in

Skitourenschuhen und mit noch mehr Gepäck absolviert werden. Weitere Herausforderungen waren die Übernachtung im freien Gelände (ohne Zelt) und ein sehr anspruchsvoller Teambewerb.

Die Stationen im Detail:

- Marsch auf Skiern (Aufstieg/Abfahrt, Orientieren,
- Überwinden von Hindernissen (Gebirgsbach, Erreichen eines Baumwipfels mittels Seilzug, Seilgeländer, Abseilen und Seilrutsche),
- Notbiwak zweimal mit einmaliger nächtlicher Evakuierung,
- Winterbiathlon,
- Feuerkampf im Bunkersystem,
- Schießen mit dem StG-CZ 805 BREN und der Pi-CZ 75,
- erweiterte Erste Hilfe nach Feuerkampf,
- Verwundetenbergung mit UT 2000,
- Parallelslalom,
- Mannschaftsorientierungslauf.

Die Mannschaft aus Österreich konnte sich gegen die starke Konkurrenz aus Tschechien durchsetzen und den Sieg mit 1.254 Punkten vor der Mannschaft der 7. mechanisierten Brigade der tschechischen Armee mit 1.053 Punkten und der Mannschaft der Agentur für Logistik der tschechischen Armee mit 957 Punkten erkämpfen. (BMLV) X



Station Scharfschießen: Geschossen wurde auf ein 40 Meter entferntes Ziel mit dem StG-CZ 805 BREN und der Pi-CZ 75 der tschechischen Armee.



Die Siegerehrung der Armeemeisterschaften Winter Survival 2018.

# Weltmeisterliche TECHNOLOGIEN



Dafür steht auch unser Markenbotschafter Niki Lauda. Denn unseren Erfolg als einer der international führenden Gaming-Technologiekonzerne verdanken wir vor allem unserer Innovationskraft. Diese entwickeln wir ständig weiter – nicht nur am Stammsitz in Österreich und in 29 Technologiezentren sowie an 16 Produktionsstandorten weltweit, sondern auch in Kooperation mit führenden technischen Universitäten.  
[www.novomatic.com](http://www.novomatic.com)





**Das sicherheitspolitische  
Gewissen der Republik  
Österreich**